

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
ganzzährig 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich (14)

6. Jahrgang.

Freitag, 19. Feber 1926.

Nr. 43.

Arbeiterklasse und Außenpolitik.

Die sozialistische Internationale hat seit je den Standpunkt vertreten, daß die Haltung der einzelnen sozialistischen Parteien zu den Problemen der Außenpolitik getragen sein müsse von dem Geiste der Verständigung, des Pazifismus und der internationalen Solidarität. Die großen sozialistischen Parteien Europas haben seit Jahren unablässig in diesem Sinne auf die Außenpolitik ihrer Staaten Einfluß genommen. Die Reparationsfrage, die Haltung der Sozialisten im Ruhrkrieg, die Frage der Abrüstung, der Anerkennung Rußlands, der Bekämpfung des Faschismus und der Reaktion in Ungarn sind nur die hauptsächlichsten Probleme aus dem reichen Betätigungsfeld sozialistischer Solidarität und Friedenspolitik. Wir haben, soweit diese Fragen in der Tschechoslowakei zur Diskussion standen, stets versucht, das Bewußtsein der Arbeiterklasse wachzurufen, unsere Kraft in die Weichen zu werfen, wir waren in allen Fragen außenpolitischer Natur mit den Absichten der Internationale in einer Linie. Von dem Gedanken internationaler Solidarität war auch stets unsere Haltung gegenüber Ungarn geleitet. Wir waren seit je die eifrigsten Befürworter einer Politik, die — allerdings ohne Anwendung kriegerischer und die Gefahr imperialistischer Eroberungen in sich bergender Mittel — das Regime Horthy's schwächen oder stürzen konnte. Wir haben uns, wie seit je, so auch in der Frankfälscheraffäre, für schärfste Abmüdung des Verbrechens ausgesprochen. Daß das Verbrechen für uns nicht erst mit dieser Fälschung, sondern mit den Arbeitermorden der ungarischen Reaktion im Jahre 1920 begann, ist nur selbstverständlich. Wir forderten die Einberufung des Parlamentes, damit es zu der Affäre Stellung nehmen könne. Wir glaubten uns diesbezüglich im Einverständnis mit den tschechischen Sozialdemokraten, die allerdings seinerzeit, entgegen der Weisung der Internationale, Ungarn sanktionierten.

Sie, die den deutschen Arbeitern das Selbstbestimmungsrecht und später die Selbstverwaltung verweigert haben, die im Ruhrkrieg als einzige sozialistische Partei mit Poincaré durch Dick und Dünn gingen, die der Außenpolitik ihres Staates ruhig zusehen, die es in der Ordnung finden, daß man Oesterreich sein Selbstbestimmungsrecht verweigert, die den Handel der österreichischen Reaktion mit Seipel, den Genfer Pakt mitmachten, obwohl ihn die österreichische Sozialdemokratie erbittert bekämpfte, sie ermöglichten auch die Sanierung des Horthy'stens. Sie haben dazu geschwiegen, daß Bethlen, den man im Jahre 1923 sicher hätte stürzen können, über die „Bedingungen“ der Kleinen Entente ruhig zur Tagesordnung überging. Die tschechischen Sozialdemokraten stellen den bedauerlichen Ausnahmefall einer sozialistischen Partei dar, die in allen großen Fragen der europäischen Politik die Richtlinien der Internationale ignorierte und die Politik der tschechischen Bourgeoisie und ihres Herrn Venes vor die Solidarität mit der deutschen, ungarischen, italienischen und rumänischen Arbeiterklasse stellte. Einmal nun ergibt sich die Gelegenheit, der Politik Venes' und zum Schein auch der Politik der Internationale genug zu tun. Einmal fallen die Interessen der Tschechoslowakei und die der Sozialisten Europas zufällig in einigen Punkten zusammen. Der lang ersehnte und ob seines Seltenheitswertes kostbare Augenblick einer vorübergehenden Interessengemeinschaft zwischen tschechisch-imperialistischen und international-proletarischen Interessen darf nicht vorübergehen, ohne daß die tschechischen Sozialdemokraten ihn weit über Gebühr und Maß ausschöpfen.

Endlich können die tschechischen Sozialdemokraten einmal zeigen, daß sie, die soeben wieder die Resolutionen von Marseille durch ihre Unterstützung der Sprachenpolitik Svehlas

und der Rußlandpolitik Venes' verleugnen und mißachten, international fühlen und handeln. Venes hat über die Fälscher gesprochen! Die Befolgsmänner der Herren Svehla und Venes müssen das gutheißen, was Venes für gut erklärt. Aber da Venes nicht geradezu seinen Beifall zu den Fälschungen ausgesprochen hat, kann die Regierungspolitik der tschechischen Sozialdemokraten diesmal, zum ersten und vielleicht zum letztenmale, ausgegeben werden als Solidarität zur ungarischen Arbeiterklasse.

Wir haben uns wegen Venes' sehr tendenzfahmer Erklärungen nicht verpflichtet gefühlt, einem Minister, der die Hauptschuld an der Behinderung der Abrüstungskonferenz trägt und dadurch, wie durch seine sonstige Politik, ständig den europäischen Frieden gefährden hilft, der mit seiner ewigen Hinausschiebung der Anerkennung Rußlands die Völker der Republik nassführt, der die Sprachenverordnung unterzeichnet hat, der den Anschluß Oesterreichs bis aufs Messer bekämpft, der sich als Demokrat gebärdet und ein Sachwalter des Poincarismus ist, die Vorwürfe zu ersparen, weil er ausnahmsweise einmal zu einer Sache gesprochen hat, in der wir streckenweise mit ihm in einer Linie vorgehen. Die tschechischen Sozialdemokraten haben darin den zweiten und hauptsächlichsten Grund, aus der spärlichen Abrechnung des Außenministers mit den Fälschern eine Sensation zu machen und für sich den Ruhm einer internationalen Heldentat herauszuschlagen. Aber nehmen wir einmal die Sache, wie sie jetzt steht, ohne das mit in Rechnung zu ziehen, was die tschechischen Sozialdemokraten in sieben Jahren für die internationalen Interessen der Arbeiterklasse nicht getan haben! Venes hat Ungarn einen neuen Garantiepakt angeboten; er will ein „mitteleuropäisches Locarno“ mit dem Staate der Goldfälscher abschließen und das Horthy'system, das er vor drei Jahren finanziell janzieren half, heute politisch garantieren. Wie die ungarischen Arbeiter über diese „Solidarität“ denken, das mag Stibin in der „Nepzava“ nachlesen! Die tschechischen Sozialdemokraten haben eine Interpellation eingebracht; das ist ihre ganze Heldentat, daß sie mit Kramak gemeinsam interpelliert haben; die reichlich schwachen Erklärungen Venes' haben sie ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen. Selbst wenn wir mit Venes sonst keine Rechnung zu begleichen hätten, wäre gerade seine janzige Haltung gegen Horthy für uns Anlaß genug, uns seine Rede nicht mit der Ehrfurcht anzuhören, die von den tschechischen Sozialdemokraten diesem Apostel des Imperialismus entgegengebracht wird.

Denn das ist die unangenehmste Seite der tschechischen Sozialdemokraten, daß sie sich nicht zufrieden geben, wenn wir sie zu verteidigen suchen, sie nicht angreifen, mit ihnen ruhig diskutieren; daß sie uns als Bedingung eines friedlichen Verhältnisses zwischen uns und ihnen immer auferlegen wollen, daß wir alles schön und gut finden, was Svehla, Kramak und Venes tun. Es ist doch wahrlich von uns genug verlangt, wenn wir den Taten der tschechischen Sozialdemokraten ruhig zusehen. Es fällt uns manchmal schwer, ihre Politik als „sozialistisch“ hinzunehmen. Aber von uns verlangen, daß wir Svehlas wortbrüchige Gewaltpolitik und Venes' Imperialismus als Sozialismus ansprechen, deshalb weiß das „Bravo Lidu“ den Sozialismus mit den Interessen der „nackten republika“ zu verwechseln beliebt, das geht über Menschenmöglichkeit weit hinaus.

Die tschechischen Sozialdemokraten mögen ruhig an die Internationale appellieren; sie werden mit ihrer Außenpolitik, die eben niemals ihre, sondern immer die des Venes war, nicht viel aufstrecken. Sie werden aber auch in dem speziellen Fall nicht viel für sich ins Treffen führen können. Es ist mehr als fraglich, ob außer den tschechischen Genossen noch eine Partei der Internationale der Meinung ist, daß sich sozialistische und tschechisch-imperialistische Interessen auch nur in dem einen Fall decken. Wir können unsere außenpolitischen Forderungen, die seit Jahren mit denen der Internationale identisch sind, jederzeit rechtfertigen. Wir können, wie es Genosse Dr. Czech

in seiner gestrigen Rede tat, auch unsere Haltung zu Venes' Garantiepakt für Horthy vom sozialistischen Standpunkt aus besser rechtfertigen, als die tschechischen Sozialdemokraten es voraussichtlich mit ihrer Auffassung werden tun können. Das Gebiet der sozialistischen Außenpolitik bietet dem „Bravo Lidu“ keine besseren Chancengegen uns,

als das der Innenpolitik, und die tschechische sozialdemokratische Partei sollte bedenken, ob es für die Arbeiterklasse und für die tschechische Republik gut sein mag, wenn sich an einem für sie gar nicht so glorreichen Anlaß der persönlichen Habs eines erprobten Scharfmachers im proletarischen Bruderkampf gegen die Vorstrebenden unserer Partei austobt.

Hinweg mit dem Sprachenunrecht!

Schärfste Kritik der Sprachenverordnung durch Genossen Dr. Czech. — Die tschechische Außenpolitik in oppositioneller Beleuchtung. — Die wahren Heilserhalter der ungarischen Reaktionäre und Fälscher.

Prag, 18. Feber. Die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses brachte gleich zu Beginn eine neue Aeußerung des Polizeigeistes, der im Präsidium des Hauses heimisch geworden ist: Vizepräsident Stibin erklärte, das Präsidium müsse die angebotenen „würdlosen Vorgänge“ der letzten Sitzung rügen und werde künftighin bei ähnlichen Vorfällen rigoros die Bestimmungen der Geschäftsordnung anwenden. Die nächste diesbezügliche Kundgebung des hohen Hauspräsidiums wird demnach wohl schon die Bestimmung enthalten, daß die oppositionellen Abgeordneten schön brav auf ihren Sitzen zu verweilen haben und die Hände auf die Bank legen müssen. Man muß sich da schon an den Kopf greifen und fragen, ob gewisse neugebackene Mitglieder des Präsidiums ihre Würde nicht größenwahnsinnig gemacht hat. In der letzten Pausenpause ereignete sich nicht mehr und nicht weniger, als daß die lange angestammte und durch die Sprachenverordnung und die Nichtanerkennung Rußlands noch gesteigerte Erbitterung der Opposition sich einmal Luft machte und die Schuldigen mit einem Hagel von Jurken u. Einwänden überschüttet wurden. Dem wird keineswegs dadurch abgeholfen werden, daß man die Präsidentenklode noch eifriger schwingt, wenn sich nur irgendwo ein Laut regt; eine wirkliche Abhilfe kann da nur geschaffen werden durch eine gründliche Aenderung des Systems. Das mögen sich die Polizeibureaucraten im Präsidium gesagt sein lassen!

Die Sitzung selbst, die der Debatte über die letzten Erklärungen des Außenministers gewidmet war, stand unter dem unverkennbaren Eindruck des ersten Redners, des Genossen Dr. Czech, der die erste gebotene Gelegenheit dazu ausnützte, um zunächst die Sprachenverordnungen, diese neueste Schandtat der Koalition, gebührend zu beleuchten. Klar und unzweideutig sprach er aus, daß wir nicht eher ruhen werden, als bis jeder deutsche Arbeiter sich in seiner Muttersprache überall und bei jeder Behörde verständigen kann und die schikanösen Verordnungen, über denen die Koalitionsjuristen so lange gebrüht haben, dorthin wandern, wohin sie gehören: in den Papierkorb. Es war die Kampfanlage einer Partei, die ihr Aeußerstes aufbieten wird, um zu obliegen.

Im zweiten Teil seiner Ausführungen behandelte Genosse Dr. Czech all die außerpolitischen Fragen, über die sich Herr Venes am Dienstag ausgeschwungen hat. Genosse Dr. Czech legte da all die Intrigen bloß, die die Kleine Entente mehr oder minder heimlich gegen Deutschland spinnst aus Angst, es könnte die Behandlung der Minoritäten in gewissen mitteleuropäischen Staaten von Deutschland, wenn es gleichberechtigt im Völkerverbund sitzt, einmal offen zur Debatte gestellt werden. Der Verantwortung für die Verzögerung der Abrüstungskonferenz wird sich Herr Venes auch nicht so ohne weiteres entziehen können und wenn jetzt in- und ausländische Generale entgegen den gesellschaftlichen Bestimmungen unsere Jugend auch weiterhin volle achtzehn Monate in idem Waffendienst halten wollen, so haben sie den schärfsten Widerstand weitesther Bevölkerungsklassen gegen sich.

Am unangenehmsten aber dürfte für viele Koalitionspolitiker der Teil der Rede des Genossen Dr. Czech gewesen sein, der sich mit der ungarischen Frankfälscher-Affäre befahte. Auf Grund von unüberlegbaren Zitaten wies er nach, daß im Jahre 1923 anlässlich der Sanierungsaktion für Ungarn die einzig mögliche Gelegenheit versäumt wurde, um das ruchlose Horthy'system auf ganz einfache Weise, durch Verweigerung der Kredite, zu Fall zu bringen und den demokratischen und sozialistischen Elementen des ungarischen Volkes die Möglichkeit zur Sammlung und Kräftigung zu bieten. Gerade diejenigen

hörten damals nicht auf die warnende Stimme des ungarischen Proletariates, die jetzt ausgerechnet unsere Genossen vorzuwerfen wagen, sie hätten die Fälscher verteidigt, als sie in der Dienstadtung dem Herrn Außenminister ihre Meinung über die Niederknüpfung der Opposition und der Minoritäten etwas ansaustauschen sich getrauten.

Die Rede Dr. Czechs war für die weitere Debatte richtunggebend, da sie die zur Debatte stehenden Probleme in erschöpfender, rhetorisch glänzender Weise behandelte. Neben bemerkt wurde im weiteren Verlauf der Sitzung die Gratulation, die der „Sozialist“ Stibin von Dr. Kramak empfing, als er sich in etwas allzu schneidiger Weise für seine Generale einsetzte, die jeder politischen Betätigung angeblick so unglaublich weit fernlehten.

Zu weiteren stürmischen Ausdrücken der Empörung kam es, als die Wötina dem Antrag unserer Genossen, das vollkommen unmögliche Abbaugesetz der Staatsanstellungen aufzuheben, nicht einmal die Dringlichkeit zuerkannte und so seine meritorische Behandlung einfach begrub. Besser konnte die so oft betonte Beamtenfreundlichkeit der Koalition gar nicht demonstriert werden.

Nachstehend der Sitzungsbericht:
Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen rief Vizepräsident Stibin die Abgeordneten Knirsch, Schollich und Horpynla wegen verschiedener Zwischenrufe während der dienstägigen Ausführungen des Dr. Venes nachträglich zur Ordnung. Hierauf erklärte er unter stürmischem Widerspruch der Opposition, das Präsidium des Hauses habe konstatiert, daß in der Dienstag-Sitzung „bedauernde Werte Czzech, die unwürdig des Erstes des Abgeordnetenhauses und der Abgeordnetenwürde sind“, vorlaken.

Das Präsidium habe daher beschlossen, künftighin gegen solche „unstatthafte Gezeffe rigoros im Sinne der Geschäftsordnung“ vorzugehen.

Diese Ankündigung einer neuen verschärften Auebelung der Redefreiheit der Opposition ruft stürmischen Widerspruch auf den Bänken der Opposition hervor, während die Koalition natürlich Weisfall klatscht.

Das Haus tritt hierauf in die Debatte über die Erklärungen des Außenministers Dr. Venes ein, wozu als erster Redner

Genosse Dr. Czech

das Wort ergreift und ausführt:
Die innige Verknüpfung von Innen- und Außenpolitik tritt in keinem Lande so plastisch in Erscheinung, als gerade bei uns. Erwägungen außenpolitischer Natur waren für die Konstruktion dieses Staates, für seinen inneren Aufbau, für die politische und wirtschaftliche Orientierung, für seine militärische Ausrüstung ausschlaggebend und umgekehrt hatten alle wichtigen innerpolitischen Ereignisse immer gewisse außenpolitische Auswirkungen im Gefolge. Die gegenseitige Beeinflussung der Außen- und Innenpolitik war in diesem Lande immer eine so starke, daß ihre völlige Scheidung nachgerade zur Unmöglichkeit geworden ist. Das haben wir zuletzt anlässlich des Abschlusses des Locarno-Vertrages gesehen, aus welchem die herrschenden tschechischen Kreise prompt gewisse Folgerungen innerpolitischer Natur zu ziehen versuchten. Sie forderten sofort die bedingungslose Unterwerfung der Minoritäten unter die Fremdberrschaft dieses Staates, ohne auch ihrerseits aus diesem Vertrage jene selbstverständlichen Konsequenzen abzuleiten, die allein geeignet gewesen wären, eine Wandlung in der Orientierung und Stellungnahme der nichttschechischen Völker zu

Eine Niederlage der Reichsregierung

im Haushaltsauschuss.

Berlin, 18. Feber. Die labilen Mehrheitsverhältnisse im Reichstag sind heute in einer für die Regierung sehr ernstlichen Weise in Erscheinung getreten. Nachdem Finanzminister Dr. Reinhold im Haushaltsauschuss ein Exposé erstattet und den Reichstag aufgefordert hatte, mit der Regierung eine Notgemeinschaft zu bilden, um die außerordentlich wichtigen sozialpolitischen und wirtschaftlichen Fragen einer baldigen Lösung zuzuführen, verlangte der Reichskanzler, daß das Regierungsprogramm sofort erörtert werde. Die Deutschnationalen hingegen stellten den Antrag, die Debatte zu verlagern, und diesem Antrag schloß sich auch der Redner der Partei Stresemann, der Deutschen Volkspartei an.

In großer Erregung ergriff Reichskanzler Dr. Luther das Wort und forderte die sofortige Beratung des Wirtschaftsprogrammes der Regierung. Dasselbe taten der Arbeits- und der Wirtschaftsminister, wobei diese mitteilten, daß der Industrie ein Betrag von 300 Millionen Mark als Betriebskapital für das russische Exportgeschäft zur Verfügung gestellt werden solle.

Trotz dieser wiederholten Aufforderung von vier Ministern lehnte der Ausschuss die sofortige Beratung des Wirtschaftsprogrammes der Regierung mit 15 gegen 13 Stimmen ab. Mit den deutschnationalen Antragstellern hatten zwei Regierungsparteien gestimmt, die Deutsche Volkspartei und das Zentrum. Reichskanzler Dr. Luther geriet in außerordentliche Erregung und erklärte, als er den Beratungsraum verließ, unter diesen Umständen werde er die Geschäfte nicht weiterführen können.

diesem Staate herbeizuführen. Daß auch rein innerpolitische Vorgänge außenpolitische Auswirkungen zu zeitigen vermögen, haben wir erst jüngst anlässlich der Erlassung der

Durchführungsverordnung zum Sprachengesetz wahrnehmen können. Wohl suchte man auf tschechischer Seite der Durchführungsverordnung den harmlosen Anschein einer rein internen Verwaltungsmaßnahme zu geben, aber die tiefgehende Erregung, die sie innerhalb der nichttschechischen Bevölkerung auslöste und die über die Grenzen des Landes hinaus weiteste Kreise aufgewühlt hat, hat auch im Auslande Stimmungen ausgelöst, die — wenn die Anzeichen nicht trügen — auch gewisse außenpolitische Wirkungen nach sich ziehen werden. Darum wollen wir im Rahmen der Erörterung des außenpolitischen Exposés auch zur Sprachverordnung, die den Höhepunkt der letzten innerpolitischen Ereignisse bildet, Stellung nehmen.

Die Durchführungsverordnung wurde sofort nach ihrem Erscheinen von der gesamten deutschen Bevölkerung und der der andern Nationalitäten

als wahrer Faustschlag empfunden. Sie hat sofort eine mächtige Bewegung hervorgerufen, die alle Schichten der Bevölkerung und naturgemäß auch die Arbeiterklasse in ihren Fesseln zog. Obwohl sie seit Jahren bereits fällig war und immer wieder angekündigt wurde, hat sie in der von ihr betroffenen Bevölkerung die größte Ueberraschung und Bestürzung ausgelöst.

Ihre Folgen sind nach der politischen und wirtschaftlichen Seite unabsehbar, ihre Wirkungen lassen sich in ihren letzten Konsequenzen derzeit noch nicht ermessen. War das Leben und Kämpfen auf diesem heißen und lauernden Boden auch schon bisher unerträglich, es wird durch die neuerliche Vergiftung der Atmosphäre zur wahren Pein werden.

Die neugeschaffene Situation macht einige Feststellungen notwendig. In einer am 2. Juni 1920 von deutscher Seite überreichten Interpellation, der das Abgeordnetenhaus die Dringlichkeit zuerkannte, wurden der Regierung wegen der Verzögerung in der Herausgabe der Durchführungsverordnung Vorhaltungen gemacht, die den Gegenstand langwieriger, aufreibender Verhandlungen zwischen den deutschen Parteien und der Regierung bildeten und dann endlich zu einer regelrechten Vereinbarung führten, auf Grund deren sämtliche deutschen Parteien des Hauses von der sofortigen Verhandlung der damals nach Auffassung der Regierung noch nicht spruchreifen Interpellation Abstand nahmen, wogegen der damalige Innenminister, der heutige Ministerpräsident Svehla, in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 10. Juli 1920 von der Parlamentstribüne herab folgende bindende Erklärung abgab:

„Ich erkläre, daß es nach dem Fortgang der Arbeiten der Regierung möglich sein wird, bis zur Herbsttagung mit allen notwendigen Vorarbeiten zur Herausgabe der Verordnung über den Sprachgebrauch fertig zu werden. Ueber diese Verordnung wird sodann dem Verfassungsausschuss referiert werden, bevor sie in Kraft tritt.“

Billebrand: Wo ist der Herr Svehla?... Er hämt sich!

Die Regierung hat sich also rechtsverbindlich verpflichtet, die Durchführungsverordnung zum Sprachengesetz — ehe sie in Kraft tritt — dem Verfassungsausschuss vorzulegen und über sie dem Abgeordnetenhaus zu referieren. Wiederholt haben wir mündlich und

schriftlich die Einhaltung dieser bindenden Zusage verlangt.

Alle unsere Mahnungen blieben ungehört. So verging Jahr für Jahr in ewiger Erwartung, bis dann eines schönen Tages die Durchführungsvorordnung da war, ohne daß dem Verfassungsausschuss referiert worden wäre.

Das gegebene Ministerwort wurde gebrochen (Zwischenruf: Psi S ch a n d e), das gegebene Versprechen der Regierung zynisch mit Füßen getreten, die Hoffnung der nichttschechischen Bevölkerung auf einvernehmliche Regelung des Sprachgebrauchs ausgelöscht.

Statt freundschaftlicher Verständigung — die Faust auf den Rücken.

Das ist die Antwort, die uns nach all den feierlichen Zusagen, nach jahrelangem Warten von der Regierung und Koalition zuteil wird.

Wir aber antworten darauf, daß wir auf der Einhaltung des Ministerwortes beharren, daß wir jede Maßnahme, die unter Bruch der bindenden Zusage zustande gekommen ist, als nicht existent, als für uns unverbindlich betrachten und uns vor ihr niemals beugen werden. Aus dieser Situation gibt es nur einen einzigen Ausweg: Das ist der Widerruf dieser Verordnung, die strikteste Einhaltung des Ministerwortes.

So wie wir es seinerzeit sofort nach dem Zusammentritt des ersten Abgeordnetenhauses in einer zu Händen des Ministerpräsidenten abgegebenen feierlichen Erklärung ausgesprochen haben, daß wir das unter Verletzung aller demokratischen Grundsätze zustande gekommene, mit Recht und Gesetz, mit der Verfassung und dem Minderheitenschutzvertrage kontrastierende, dem Geiste der Gleichheit und Gerechtigkeit widerstrebende, aber auch durchaus unsoziale Sprachengesetz niemals anerkennen werden, so werden wir es auch mit der Durchführungsverordnung zu diesem Gesetze halten, die unter Bruch eines Ministerwortes als nacktes Diktat zustande gekommen ist, in jeder Zeile den Geist nationaler Unbuddsamkeit atmet, das Recht der nichttschechischen Völker mit Füßen tritt, die Gleichheit der Staatsbürger vor dem Gesetze annulliert, Verfassungsrecht und Gesetz zum Spielball befehlungsloser nationalistischer Politik macht.

Darum lehnen wir und offen gegen dieses Verordnungsmonstrum auf Weisfall bei unseren Genossen und werden es niemals anerkennen. Wir werden nichts unversucht lassen, um es zu beseitigen.

Es wird, solange es besteht, den Gegenstand unseres heftigsten Kampfes bilden, der leidenschaftlichsten Abwehr gegen das nationale Unrecht, an dem dieses dem nationalen Chauvinismus verfallene Land so überreich ist. Es wird den Kampf um die Selbstbestimmung unseres Schicksals, um die Selbstverwaltung unserer kulturellen Angelegenheiten nur anzuern, unsere Abwehr gegen dieses Regierungssystem nur steigern und unser Streben, an Stelle der nationalen Vergewaltigung, der nationalen Fremdberrschaft eine Verständigung zwischen den Völkern herbeizuführen, nur befähigen.

Es ist nicht die Degradierung unserer Muttersprache allein, die uns diesen Standpunkt aufdringt, — obwohl auch schon dieses Moment allein dazu ausreichen würde — sondern vor allem

das materielle Unrecht, das den nach Millionen zählenden nichttschechischen Völkern dieses Staates zugefügt wird, das unseren hauptsächlichsten Widerstand gegen diese unsoziale Maßnahme mobilisiert.

Darum sagen wir es rund heraus:

Was kommen, was will. Wir lassen uns das Recht, und bei Wahrung unserer wirtschaftlichen, sozialen und politischen Interessen bei Verfolgung unseres Rechtes überall im Lande unserer Sprache zu bedienen, nicht rauben. Wir lassen unsere deutschen Angestellten und Bediensteten nicht vogelfrei erklären. Wir lassen die deutschen arbeitenden Menschen nicht aus den öffentlichen Ämtern ausschließen.

Wir lassen uns nicht das kommunale Selbstverwaltungsrecht durch nationalistische Centralisierungsmaßregeln, das passive Gemeindegewahlrecht nicht verkümmern, aber auch nicht durch diktatorische Sprachereale, durch nationalistische Sprachabulistik und altösterreichische Zersplitterung in unsere Privatbereichsgebiete greifen. Wir lassen uns aber vor allem nicht zu Staatsbürgern zweiter Klasse stampeln und werden uns nie und nimmer vor dem neuen Gelehrbute beugen, den uns eine demokratisch sein wollende Republik hiemit wieder aufrichtet.

Wenn das „Oeslo Slovo“ in seinem Abendblatt vom 9. d. M. schreibt:

„Gerade der tschechische Arbeiter im Minderheitsgebiet muß, wenn er sein Recht geltend machen will, die Möglichkeit haben, sich in seiner Sprache zu verständigen. Nach dieser Richtung hat die Sprachverordnung auch eine soziale Bedeutung.“

dann ist auch der Kampf der deutschen Arbeiter um die Geltung ihrer Sprache ein durchaus gerechter. Niemals werden wir es einsehen, warum denn nicht alles, was für den tschechischen Arbeiter gilt, auch für den deutschen volle Geltung haben soll, und

warum der Kampf der tschechischen Arbeiter um den Gebrauch ihrer Sprache ein sozialer, der gleiche Kampf des deutschen Arbeiters ein nationalistischer sein soll.

Unser Kampfruf ergeht an die gesamte Öffentlichkeit des In- und Auslandes. Wenn wir ihn bis in die kleinste Hütte hinaustragen müssen, dann ist es nicht unsere Schuld. Wir können unseren Protest, unseren Wahnsinn an die gesamte Öffentlichkeit — auch an die tschechische — nicht besser schließen, als mit den Worten, die der Präsident Masaryk im 5. April 1896 in einer Artikelserie zur „Deutschtöhmischen Ausgleichsfrage“ für die Zeitschrift „Die Zeit“ geschrieben hat und die er nach den von ihm dem Schriftsteller Vorst abgegebenen Erklärungen auch heute noch aufrecht hält:

„Die Regierung, indem sie einseitig die vermeintliche Notwendigkeit einer einheitlichen Amtssprache festhält, begeht alle Fehler des chauvinistischen Nationalismus und fordert diesen geradezu heraus. Daß vom deutschen Rubrum der Gerichtsakten und Prozesse, dem Texte der Steuer- und Bestätigungen die Sicherheit der böhmischen Länder und Oesterreichs abhängt, das geht mir nicht in den Sinn. Geradezu begreife ich das Vorurteil nicht, daß der Arbeiter und

Handwerker bei uns vor allem dieser oder jener Sprache bedürfte. Freilich, wo so viele Leute vom Raul und vom nationalen Ha-ber leben, ist es begreiflich. Aber die Spekulation auf die chauvinistischen Nationalitäten bei uns soll eben aufhören.“

Das war, ist und bleibt auch unser Standpunkt. Und darum kann auch dieses unser Wort nur eine Kampfansage gegen eine Regierung sein, die, anstatt dem Lande Beruhigung und inneren Frieden zu bringen, in diesem Lande eine chauvinistische Nationalitätenbörse ausgerichtet hat, das Land aus einem Konflikt in den anderen, aus einer Krise in die andere getrieben, die Nationalitäten — statt sie einander näher zu bringen — immer mehr auseinandergebracht und entfremdet, die Gegensätze nach dem alten österreichischen Rezept „Teile und herrsche“ immer mehr verschärft und jede gedeihliche Zusammenarbeit unmöglich gemacht hat.

Diesem schandwürdigen System gilt unser leidenschaftlichster Kampf.

Wovon Dr. Benes nicht gesprochen hat.

Und nun zum Exposé des Herrn Außenministers.

Es ist uns — bis auf die Darstellung der ungarischen Geldaffäre — so ziemlich alles schuldig geblieben. Seit der letzten Berichterstattung des Herrn Außenministers hat sich auf dem Gebiet der internationalen Politik so vieles ereignet; an alledem ist der Herr Außenminister einfach vorübergegangen.

Von dem so vielgepriesenen Locarno-Geist Europas ist jetzt verdammt wenig übrig geblieben. Die Zerteilung der Welt in Sieger und Besiegte ist jetzt auch noch die weitere Zerteilung Europas in eine englische und französische Machtsphäre gefolgt. Auf der einen Seite England, auf der andern Seite Frankreich, das von der Führung Europas immer mehr abgedrängt wird, wodurch sich die außenpolitische Lage der

Kleinen Entente

die ihren hauptsächlichsten Stützpunkt in Frankreich hatte, naturgemäß immer verschlimmert. Schon die Locarnoverträge haben ihr den Boden unter den Füßen entzogen. Würden die Ungarn nicht immer und immer wieder für neue Affären sorgen,

die Kleine Entente hätte längst schon jede Existenzberechtigung eingebüßt.

Dazu tragen die verschiedene politische, wirtschaftliche und soziale Schichtung und Orientierung der drei Bundesstaaten nicht wenig bei, vor allem aber die immer mehr wachsenden außenpolitischen Gegensätze, die ein ständiges Abdrängen einzelner Teile in der Richtung ihrer natürlicheren Interessensphären zur Folge haben. So kann beispielsweise die grundverschiedene Auffassung Rumäniens in der russischen Frage direkt als Lockerung der Kleinen Entente angesehen werden. Darum mußte auch die Temesvarer Tagung völlig bedeutungslos verlaufen.

Doch auch andere wichtige außenpolitische Probleme hätten einer Klarstellung durch den Herrn Außenminister bedurft.

Die Gefahren des Fascismus.

Der jüngste Exzeß Mussolinis gegen Deutschland hat wieder einmal aufgezeigt, wie der Fascismus eigentlich einen der gefährlichsten Brandherde Europas darstellt, zu dessen Ausflügung sich eigentlich ganz Europa vereinigen sollte. Daß sich ein Mitglied des Völkerbundes so völlig ungestraft so unverschämte, so offenkundige Kriegsdrohungen leisten durfte, das bestätigt unsere Feststellungen über den Zustand Europas. Es charakterisiert aber auch die Dynamik des Völkerbundes. Indem wir dies feststellen, rufen wir alle demokratischen Schichten Europas zum Kampf gegen den italienischen Fascismus, diese gefährliche Geißel Europas, auf und sprechen dem italienischen Volke, vor allem aber seiner von Mussolini gepeinigten Arbeiterklasse, deren Genossenschaftsbewegung erst kürzlich das Opfer des Fascistenterror geworden ist, nicht minder aber auch der um ihre Kultur, um ihre nationale Existenz kämpfenden deutschen Bevölkerung Subsidiums unsere innigsten Sympathien aus.

Die Hege gegen Deutschland.

Solange sich Deutschland weigerte, in den Völkerbund einzutreten, bildete es aus diesem Grunde den Gegenstand heftigster Angriffe der nationalistischen Kreise aller Siegerländer. Raun hatte aber Deutschland seine Bereitwilligkeit zum Eintritt in den Völkerbund erklärt, als sofort eine veritable Hege einsetzte, an der sich — bis auf einen kleinen Teil — auch die gesamte tschechische Presse in tatkräftigster Weise beteiligte. Noch befremdlicher aber wirkte die aus Temesvar herrührende Meldung der „Neuen Freien Presse“, daß die Kleine Entente nach Anhörung des Berichtes des Herrn Benes beschloßen haben soll, Schritte zu unternehmen, um zu verhindern, daß Deutschland die Frage der deutschen Minderheiten in den Staaten der Kleinen Entente im Völkerbund in einer Weise aufwerfe, die die Interessen der Kleinen Entente beeinträchtigen könnte. Es wird gut sein, daß der Herr Außenminister zu dieser Meldung Stellung nimmt. Vor allem aber müßte sich Herr Außenminister Benes dazu äußern, ob es der Wahrheit entspricht, daß sich auch die Tschechoslowakei an einer

Aktion gewisser Entente-Kreise gegen Deutschland beteilige, ob sie entschlossen sei, die Bemühungen Polens um einen Ratssitz im Völkerbunde zu unterstützen und bei dieser Gelegenheit auch die Umwandlung des der Kleinen Entente zugehörigen nichtständigen Ratssitzes in einen ständigen zu fordern. Wir müßten dies im Interesse einer friedlicheren Entwicklung der Verhältnisse in Europa auf das lebhafteste bedauern, denn die Teilnahme der tschechoslowakischen Außenpolitik an diesen neuen Treibereien gegen Deutschland würde die ohnehin gespannte innerpolitische Situation nur noch erschweren, vor allem aber gerade in der Zeit der Wirtschaftskrise schwere wirtschaftliche Folgen für die notleidende Bevölkerung nach sich ziehen.

Die abgelagte Abrüstungskonferenz.

Von dem wahren Zustand Europas und von der Weltlage gibt am besten Zeugnis, daß die für den 15. Feber angelegte Abrüstungskonferenz im letzten Augenblick abgesagt wurde.

Wir hatten dies für einen der schwersten Schläge für den Weltfrieden.

Die Vertagung erscheint uns durchaus unmotiviert. Und daß auch die tschechoslowakische Regierung mitbeteiligt war, daß auch sie den Vertagungsantrag einbrachte, machen wir ihr, und daß der Außenminister Dr. Benes als Referent der Abrüstungskommission des Völkerbundes keine Zustimmung gegeben hat, machen wir ihm zum Vorwurf. An dem Ernst der kapitalistischen Staaten und Machthaber zur Abrüstung haben wir immer gezweifelt. Sie, die mit unglücklichem Glanz die Entwaffnung Deutschlands, Oesterreichs, Bulgariens durchgeführt, jedem Gewehrstoß in diesem Lande nachgeschöbert haben, haben in ihrem eigenen Lande nicht nur kein Geschütz preisgegeben, sondern sich im Gegenteil alle neuen, modernen Errungenschaften der Mordtechnik zunutze gemacht.

Gegen die 18monatliche Dienstzeit.

Auch die Tschechoslowakei war immer antimilitaristisch, aber nur in der Theorie. Ihr erstes Wort in der Washingtoner Deklaration hieß Miliz, ihr Wehrgesetz war auf die Miliz und auf fortschreitende Abrüstung ausgelegt. So oft bei irgendwelchen feierlichen Gelegenheiten das Wort ergriffen wurde, kam als erstes das antimilitaristische Bekenntnis, dann aber ungekämpft der Nachsatz von der Notwendigkeit der Berücksichtigung der geographischen, strategischen und politischen Lage des Landes, und schon war es um den Antimilitarismus geschehen und es zeigte sich die imperialistische Frage. Während man sonst mit der reichen Ernte an politischen Paktten, Arbitrage-Verträgen, Locarno-Übereinkommen im Ausland paradierte, im Innere operierte, verwies man nun auf die Notwendigkeit der Erhaltung der Wehrmacht und forderte die Ausgestaltung der Kräfte. Da die Absicht der herrschenden kapitalistischen Klassen, das jetzige militaristische System aufrechtzuerhalten, immer offenkundiger wird, wird es nun Sache der Arbeiterklasse sein, die Arbeitermassen zugunsten des Abrüstungsgedankens u mobilisieren und große Aktionen zu veranstalten, die den kapitalistischen und imperialistischen Mächten die Abrüstung abzwängen.

Bei diesem Anlaß erklären wir, daß wir uns der hochschätzten Nobellierung des Wehrgesetzes im Sinne der Beibehaltung der 18monatigen Dienstzeit mit aller Entschiedenheit widersetzen und mit dem leidenschaftlichsten Kampf gegen diese volksfeindliche Maßnahme beginnen werden, falls die Absicht bestehen sollte, sie zu verwirklichen.

Daß der abtretende Generalstabschef, der französische General Mittelhäuser, es wagen durfte, dem tschechischen Staate — förmlich als sein Testament — die Beibehaltung der 18monatigen Dienstzeit anzuraten, ohne daß sich irgend jemand an leitender Stelle gefunden hätte, ihn, den Herrn General in die Gesellschaften zu verweisen, halten wir für eine betrübliche Erscheinung; dies um so mehr in einer Zeit, die nach Abbürdung der Militärlasten förmlich schreit, da der Notstand der Bevölkerung geradezu zur Unentgeltlichkeit geworden ist.

Die ungarische Geldfälscheraffäre.

Und nun möchte ich mich jenem Teile des Epöcöcs zuwenden, der sich mit der ungarischen Banknotenaffäre beschäftigt. Die Darlegungen des Herrn Außenministers Klingens viel gedämpfter, als die ersten offiziellen Auslassungen der Presse zur Geldfälscheraffäre. Und es ist gut so!

Als die Geldfälscheraffäre auskam, tat alles bei uns überrascht, erschrocken und bestürzt. Auch wir haben natürlich ein solches Maß von Unerschrockenheit und Schamlosigkeit nicht erwartet, zugemutet haben wir aber den Herrschaften alles. Wer gewohnt ist, den politischen Gegner am helllichten Tag niederzumachen, ihn kalten Blutes abzuschlachten, im nächsten Fluß bei lebendigen Leibe zu erkaufen, ihn Abhimselsturen zu applizieren, für den ist das Geldfälscherhandwerk eine harmlose Spielerei.

Als die Sozialistische Arbeiter-Internationale, als unsere ungarischen Freunde zur Niederwerfung des von den Westmächten favorisierten asiatischen Systems aufgerufen haben, als die gräßlichen Bilder vom ungarischen Galgenregime, vom weissen, blutigen Terror vor aller Welt entfällt, als vor allem aufgezeigt wurde, welche schwere Gefahr das Horthy-System für ganz Mittel-Europa, für die ganze zivilisierte Welt bedeutet, als verlangt wurde, daß sich alle freisinnlichen Kräfte Europas zur Niederwerfung des ungarischen Gewaltsystems, zur Säuberung des Mördernestes zusammenschließen, blieben unsere Worte ungehört. Heute aber, da Ungarn durch die Fälschung von Banknoten an die Grundfesten des Kapitalismus zu greifen droht, heute, da es dem heiligen Eigentum an den Leibe rückt, fährt man erschreckt zusammen und alarmiert die ganze Welt.

Der Hamburger Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale rief die ganze zivilisierte Welt, vor allem aber das gesamte internationale Proletariat zum Kampfe gegen Horthy-Ungarn auf. Aber niemand von den entscheidenden Faktoren unseres Landes kümmerte sich um diesen Kampf. Niemand scherte sich auch um die systematischen Kriegsvorbereitungen Ungarns. Die Entente-Abrüstungskommissionen liefen lieber den letzten alten Flinten nach, die als Kriegsbeltreue in Oesterreich noch verblieben sein mochten, und scherten sich um Ungarns Entwaffnung nicht weiter. Als

die ungarische Sanierungsaktion des Völkerbundes in Fluß kam, wandten sich die ungarischen Sozialisten mit einem Appell an die ganze internationale Öffentlichkeit und verlangten Garantien gegen den Mißbrauch der Anleihe für kontrerevolutionäre Zwecke. Damals rief Sigmund Kunfi die englische und tschechische Arbeiterklasse zu Hilfe und forderte sie auf, sich mit aller Macht für die Parole einzusetzen: Kein Pfund, kein Solol für Horthy.

Damals schrieb das „Bravo Vidu“ in seiner Nummer vom 8. August:

Es scheint uns, daß unter den gegebenen Verhältnissen der Standpunkt der Kleinen Entente — die Erreichung einer Anleihe für Ungarn nicht zu verhindern, wenn ihre Bedingungen erfüllt und eine Kontrolle gesichert sein wird, — dem Frieden in Mitteleuropa zuträglich ist und auch der Demokratie und dem Proletariat mehr hilft, als die tabuläre Lösung: Keinen Heller für Horthy.

Zur Begründung dieser Auffassung führte das „Bravo Vidu“ damals an, daß man wohl die Beteuerungen Bethlens mit äußerster Reserve aufnehmen muß, daß sich aber gewisse Tatsachen

nicht übersehen lassen, die dafür sprechen, daß die innerpolitischen Kräfte in Ungarn in Bewegung sind. Es handelt sich um keinen revolutionären Umsturz, oder gar um eine Aenderung des Systems, sondern es war ein „Überwinden des politischen Schwerpunktes, eine Evolution nach links“.

Diese Evolution, diese Entwicklung nach links hatte damals den Ausschlag zugunsten Bethlens gegeben. Wohl sprach man damals von notwendigen Garantien! Der jetzige Finanzminister Dr. Winter hat in einem Artikel des „Bravo Vidu“ vom 11. September 1923 eine Reihe solcher Garantien aufgestellt, auch der Parteivorstand der tschechischen Sozialdemokraten und die leitenden Instanzen der anderen sozialistischen Parteien hatten ihre Bedingungen formuliert.

Auch wir haben damals unsere warnende Stimme erhoben, jede Diskussion über die Anleihe, über die Auflassung der Pfandrechte für ausgeschlossen erklärt, solange Bethlen am Ruder, die Arbeiterklasse auch weiter entrechtet und von der Mitverwaltung der Anleihe ausgeschlossen bleibt, doch

alle unsere Warnungen waren in den Wind gesprochen.

Der Garantiepakt mit Ungarn.

Es würde aber auch ein mit Horthy und Bethlen abgeschlossener mitteleuropäischer Garantiepakt — wie das Herr Außenminister in seinem Epöcöcs andeutete — wohl zur Stärkung des terroristischen Systems Horthys, nicht aber zur Herbeiführung und Stärkung des Weltfriedens beitragen.

Ein mitteleuropäischer Garantiepakt könnte der Welt nur dann Nutzen bringen, wenn er sich auf ein demokratisches, sozialistisches Ungarn stützt, welches allein wahre Friedensgarantien zu bieten vermag.

Durchaus zutreffend faßte unser Brudersblatt „Repszawa“ die Situation zusammen. Sie sagt:

Der Kleinen Entente, deren ausschließliches Ziel die Aufrechterhaltung des Nachkriegs-Status ist, wird keine allzulange Lebensdauer mehr beschieden sein. Es zeigte sich dies sofort nach Abschluß des Locarno-Vertrages, welcher die Existenz der Kleinen Entente illusorisch macht. Heute in der Zeit der Geldfälscheraffären scheint es, als hätte die Kleine Entente eine Erfrischungsinjektion erhalten. Plötzlich ist es Frankreich ganz besonders darum zu tun, Ungarn im Stich zu lassen, das nach seiner Auflassung irredentistische Intriguen mit den deutschen Fälscherkreisen schmiedet. Doch mag der Standpunkt Frankreichs über der Kleinen Entente Ungarn gegenüber wie immer sein, die ungarische demokratische Öffentlichkeit steht vor der ganzen Welt fälschlich integer da. Die ungarische Demokratie, welche die Geldfälscher als nationale Schädlinge verurteilt, wird weiter mit ehrenhaften Mitteln gegen die Ungerechtigkeiten der Friedensverträge kämpfen. Für eine exemplarische Bestrafung der Geldfälscher wird sich die ungarische Demokratie mit dem vollen Gewicht einsetzen. Sie bedarf hierzu keines auswärtigen Drucks.

Das ist auch vollends unsere Auffassung. Mit wahrer Bewunderung stehen wir zur ungarischen Arbeiterklasse, der wir von dieser Stelle aus unsere Grüsse entbieten und die wir unserer vollen Sympathie versichern.

Wir können dieses Kapitel nicht schließen,

keine der so großsprecherisch angekündigten Garantien wurde von Ungarn gegeben, keine der demokratischen Verheißungen Bethlens erfüllt. Das System der nackten Gewalt ist ganz ohne jede Abschwächung aufrechterhalten geblieben und

trotzdem wurde Ungarn die Anleihe gewährt und das damals schwankende System Dorthys wieder auf feste Fundamente gestellt. Alles das geschah mit Wissen und Willen der Kleinen Entente und besonders der tschechischen Regierung, der auch damals schon die diversen tschechischen, rumänischen und jugoslawischen Geldfälscheraffären der Jahre 1920—22 bekannt gewesen sind.

So ist denn mit der Verantwortung für die Entwicklung der Verhältnisse in Ungarn auch die tschechische Regierung mit belastet, die es in der Hand hatte — ohne jede Einmischung in die Verhältnisse Ungarns — eine Wandlung derselben in der Richtung der Demokratie herbeizuführen.

Zu den vielen veräußerten Gelegenheiten, an denen die Tschechoslowakei so überreich ist, zählt auch die des Jahres 1923, in dem das Horthy-Regime, dieser Schandfleck Europas, durch die Verweigerung der Anleihe zur Strecke gebracht werden konnte. Alles Sabelgerassel, Interventionsdrohungen von tschechischer Seite können nur die gegenteilige Wirkung haben.

ohne festzustellen, daß auch die ungarischen Verhältnisse durch

die Pariser Verträge mitverschuldet sind, die die betroffenen Länder balkanisieren, dem nationalitätlichen Chauvinismus immer und immer wieder neue Nahrung gegeben und Europa dadurch in einen wahren Herdenschmelz verwickelt haben. Wohin wir immer blicken, nach Italien, nach Frankreich, nach Deutschland, nach Ungarn, immer wieder dieselbe Erscheinung. Und nicht anders ist es auch in diesem Lande, das durch nationalitätliche Maßnahmen künstlich in einem wahren Fieberzustand gehalten wird.

Aus allen den vorangeführten Gründen, aber auch wegen der durchaus ungeredeten, für das Land und die Bevölkerung mit den schwersten wirtschaftlichen Nachteilen verbundenen

Verhinderung der Anerkennung Rußlands,

über welche auch nur ein weiteres Wort zu verlieren ganz überflüssig ist, sind wir außerstande, die Erklärungen des Herrn Außenministers zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. (Langanhaltender Beifall bei unseren Genossen.)

Als nächster Redner kommt der tschechische Nationalsozialist Hrusovský zu Worte, der gegen Genossen Dr. Gsch polemisiert, weil er angeblich die ungarische Frage einfach auf ein Nebengeleise abgehoben habe. Nach dem Dr. Szöllös (ung. Nationalpartei) und der tschechische Agrarier Dubich unter ziemlichster Teilnahmslosigkeit gesprochen haben, kommt es während der Rede des Deutschnationalen

Schollisch zwischen seinen Parteigenossen, die sich vor der Ministertafel aufstellten, und einzelnen Koalitionsgesandten stellenweise zu heftigen Auseinandersetzungen, so daß Schollisch, der die Fälscheraffäre ausschließlich als eine politische Angelegenheit aufgefaßt wissen will, und sich arglos gegen jede Einmischung in die inneren Verhältnisse Ungarns wendet, seine Rede wiederholt unterbrechen muß.

Papfel (deutsch. Nat.-Soz.) erklärt, die Deutschen hätten die Boden-Verordnungen überlebt und würden auch die jüngsten Sprachenverordnungen überdauern. Er besaß sich sodann mit dem

Einschreiten des tschechischen Gesandten in Berlin wegen der Rede des bayerischen Ministerpräsidenten Held und erklärt, er sei jedem Staatsmann dankbar, der für die Sudetendeutschen ein Interesse zeige.

Korlatz (ung. Nationalp.) verweist auf das große Interesse, das die in der Tschechoslowakei lebenden Ungarn an dem Eintritt ruhiger Verhältnisse in Ungarn hätten.

Feierfeld (d. Christl. Soz.) wendet sich dagegen, daß man die Fälscheraffäre benützen wolle, um über die innerpolitischen Schwierigkeiten und die diversen Affären der jüngsten Zeit, wie den Völkerbund, die Vorgänge in einzelnen Banken und die Wirtschaft im Bodenamt hinwegzudübeln.

Zu großen Lärmstößen kommt es, als der Kommunist

Sakens auf den neuerlichen Ausschub der De-jure-Anerkennung Rußlands hinweist und dies damit erklärt, daß die Kramar-Gruppe im letzten Moment Verstärkung durch die faschistischen Generale Csekel, Snejdarek, Gajda und Szervy erhalten habe. Er wendet sich in scharfen Worten gegen diese Politisierung der Armee, was den Landesverteidigungsminister

Szibrnny veranlaßt, die genannten Generale in Schutz zu nehmen (!) und zu konstatieren, daß die Ausführungen Sakens nicht der Wahrheit entsprächen. Er könne nach ausführlicher Untersuchung erklären, daß die Behauptung, der Generalstab habe bezüglich der Nichtanerkennung Rußlands interveniert, nicht richtig sei. Die Armee habe sich nie mit Politik befaßt und werde dies nicht tun. Die üblichen Phrasen, daß die Armee nur der Verteidigung der Republik diene, bewegen die vollständig verammelte Koalition zu Verfallsstürmen, während die Opposition und namentlich die Kommunisten unausgesetzt dazwischen rufen, so daß sich Szibrnny stellenweise gar nicht verständigen kann. Der Lärm erreicht seinen Höhepunkt, als Dr. Kramar ostentativ Szibrnny zu seiner Rede beglückwünscht.

Die Debatte über die Regierungserklärung wird hierauf unterbrochen und das Parlament behandelt sodann den

dringenden Antrag Grünzner und Genossen auf

Aufhebung des verhängten Restriktionsgesetzes

vom 22. Dezember 1924 über die Sparmaßnahmen in der öffentlichen Verwaltung.

Dieser von unseren Genossen bereits im Dezember 1925 eingebrachte Antrag will endlich den bänglichen Ungewissheit, in der ungezählte, namentlich deutsche Staatsangestellte noch immer bezüglich ihrer Zukunft schweben, ein Ende machen. Selbst von Seite der Koalition wird zugegeben, daß das Gesetz, was die finanzielle Seite anlangt, vollkommen verfehlt war, und alles andere, als Ersparungen zur Folge hatte. Mit Recht heißt es daher in der Begründung des Antrages:

Die ganze Durchführung beschränkt sich auf die Verdrängung der Staatsangestellten aus dem Dienst, wobei nur insofern Plan und System vorhanden war, als der Abbau ausschließlich politisch und insbesondere nationalitätlich geleitet war. Dadurch ist ein schreiendes soziales Unrecht geschehen worden, dessen schmerzliche Beweismittel eine unbedingte Notwendigkeit ist. Es ist aber für den Staat absolut nichts gewonnen worden, da weder eine Vereinfachung der Verwaltung in Angriff genommen wurde, noch durch den Abbau selbst Ersparnisse erzielt wurden, da die Verminderungen der Ausgaben für die Bezüge der Staatsbediensteten weitaus aufgewogen werden

Copyright durch Wilhelm Goldmann Verlag, Leipzig, 1925.

Die Goldwäscher am Klondike.

Roman aus der Zeit der großen Goldfunde in Kanada und Alaska

51 von Emil Droonberg

Yhnn grunzte nur etwas Unverständliches, ließ sich im übrigen aber durch das Knacken nicht einschüchtern.

„Ich habe eben noch einmal den Brief von der Klondike Mining Co. gelesen“, fuhr Murphy fort.

„Wollen sie rangehen an die Sache?“ fragte McPhee, sich mit einiger Vorsicht in seinem Stuhl zurücklehnd und die Beine übereinanderschlagend, worauf er seine Pfeife aus der Tasche holte und zu stoßen begann.

„Ja“, entgegnete Murphy. „Die Sache sieht soweit recht gut aus. Ich habe ihnen als Nachlaßverwalter und im Auftrage der Erbin, Miß Eileen Malony, unserer verehrten Freundin hier —“ er nickte mit würdevollem Ernst, dessen Ehrlichkeit aber durch ein bedeutsames Lächeln sehr zweifelhaft gemacht wurde, dieser zu, — die Blaue-Mond-Mine für dreihunderttausend Dollar zum Kaufe angeboten, und sie sind bereit, das Geschäft zu machen, falls ihr Direktor und der Gesellschafter bei einer Prüfung des Claims die Angaben, die ich ihnen gemacht habe, bestätigt finden sollen. Von anderer Seite weiß ich, daß die Kompanie, hinter der die Guggenheimer und ein paar andere große Minenfirmen in New York stehen, alles aufkaufen, was sie nur bekommen können und was des Kaufes wert ist, um die ganze Minenindustrie hier möglichst in ihre Kontrolle zu bekommen. Einer von den Bevollmächtigten und der Sachverständige

sind bereits hier. Ich habe sie noch nicht gesehen, da sie vorher noch einige andere Kaufangebote zu prüfen haben. Gegenwärtig verhandeln sie, wie ich bestimmt weiß, mit Davy Evans, der ihnen auch einige Claims verkaufen will. In ein oder zwei Wochen werden sie wohl so weit sein, mit uns zu verhandeln. Dann werden wir sie mit hinausnehmen müssen, um ihnen den Claim zu zeigen.“

„Und ist das all right?“ fragte Yhnn. „Bleibt leicht sollte man ihn erst noch etwas salzen?“

„Nicht nötig. Der Claim ist reich genug für den Preis“, beschwichtigte Murphy seine Bedenken. „Außerdem hätten wir es auch gar nicht riskieren können, ihn zu salzen, denn auf allen anstehenden Claims wird gearbeitet und man hätte die Detonation gehört und Verdacht geschöpft.“

„Detonation?“ fragte Yhnn verwundert. „Wenn Sie ein paar Hände voll Goldstaub in die Erde praktizieren?“

„Sie sind ein Cheechako, Yhnn“, sagte Murphy höflich. „Auf diese plumpe Weise macht man die Sache heute nicht mehr. Das ist zu oft geschehen, als daß die Sachverständigen noch darauf hereinfallen würden. Sie können den Goldstaub mit Ihren Händen nicht so gleichmäßig in der Erde verteilen, daß sie den Trick nicht merken würden. Heute macht man das mit Dynamit. Sie füllen eine Dynamitfänge ungefähr zum dritten Teil mit Goldstaub und bringen sie zur Explosion. Das treibt den Goldstaub nach allen Richtungen und in der feinsten Verteilung in die Erde. Und dann soll Ihnen mal ein Sachverständiger beweisen, daß Sie den Claim gesalzen haben. Natürlich dürfen Sie nicht den gewöhnlichen vierzigprozentigen Dynamit benutzen, denn der würde keine Erde mehr zum Waschen übrig lassen. Sie können nur den zwanzigprozentigen Stumping-Dynamit verwenden, mit dem man auch die Baumwurzeln austreibt. — Ich

habe früher unten in Arizona genug Prospektoren verteidigt, die ihre Claims gesalzen hatten, und weiß Bescheid darüber. — Aber hier war es, wie ich schon sagte, nicht nötig. Und wir durften nichts aufs Spiel setzen. Für uns kommt es jetzt darauf an, den Claim so schnell wie möglich zu verkaufen; denn mit dem Aufstehen der Erbin ist hier die Sache unsicher geworden. Ich durfte daher den Leuten nichts sagen, was sie bei ihrer Prüfung des Claims nicht unbedingt bestätigt finden würden. Jede falsche Angabe brachte die Gefahr weiterer Nachforschungen und damit die Gefahr der Verzögerung mit sich, die uns das ganze Spiel verderben könnte.“

Daß Sie das Mädchen nach dem Hootaliqua-Creek geschickt haben, war ein guter Gedanke. Aber damit ist's nicht genug. In diesen Tagen wird sie in Fort Yukon ankommen, und wir müssen damit rechnen, daß sie schon dort erfährt, welchen Streich Sie ihr gespielt haben. Denn sie wird sicher vermuten, daß er von Ihnen ausgeht.“

„Ganz gewiß“, gab Yhnn zu. „denn sie schien schon in Slagway Texas Jim, den Sie mir nach Yuneau entgegengehend hatten und der ihr die Mitteilung gemacht hatte, so halb und halb wiederzuerkennen. Wenigstens versuchte der Bursche, der sich mit ihr angefreundet hatte und mit dem sie bis Seattle zusammen reiste, ihn auszuforschen. Uebrigens ein Glück, daß das Mädchen keine Ahnung von der Erbschaft hatte, sonst hätte sie schließlich doch noch den Rigger im Holzhaufen gerochen.“

„Sie muß unbedingt noch die nächsten zwei Monate von Dawson ferngehalten werden. Diese Aufgabe kann ich wohl Ihnen und McPhee überlassen.“

Yhnn grunzte wieder etwas Unverständliches, wie es seine Gewohnheit war, wenn er sich über eine Antwort nicht ganz im klaren war.

„Wie soll das aber gemacht werden?“ fragte

McPhee. „Sie ist jetzt gewarnt und wird sich jeden, der ihr weitere Mitteilungen über ihren Namen sonst etwas unvorteilhaft zuträgt, verdammt genau ansehen. Ich glaube, es wird uns nichts anderes übrigbleiben als Gewalt —“

„Um keinen Preis“, wehrte Murphy ab.

„Beruhigen Sie Ihr zartes Gewissen“, unterbrach ihn McPhee, als er noch etwas hinzusetzen wollte, mit einem höhnischen Lächeln. „Ich meine gar nicht, daß wir sie für immer aus dem Wege schaffen sollten. Würste auch gar nicht, wer das für uns übernehmen sollte. Denn so was tut man wohl für sich selbst, wenn es sich gerade nicht vermeiden läßt, aber nicht für andere gegen Bezahlung. Dazu ist das Risiko zu groß. Und von uns läme keiner in Betracht, denn Yhnn hier —“

„Well, was ist's mit Yhnn?“ fragte dieser, indem er seine dünnen Augenbrauen, die ausfahlen, als ob ihre Farbe in der Sonne verblühen wäre, hochzog, so daß die glühenden Augen darunter weit geöffnet standen.

„Ich wollte nur sagen, daß du die Sache nicht gut übernehmen kannst, weil das Mädchen dich kennt.“

„Well, wie ist's deun mit dir?“

„Ich und Murphy sind hier nötig, wenn's zu Verhandlungen mit der Klondike Mining Co. kommt. — Aber wenn ich erst von Gewalt sprach, so meinte ich nur, daß wir das Mädchen da in Fort Yukon, oder wo sie sonst sein mag, eine zeitlang an irgendeinen Platz bringen, wo wir sie versteckt halten können, bis sie uns nicht länger im Wege ist. Dafür finden wir Leute. Da wir mit Zeit leicht schwerlich noch etwas erreichen werden, sehe ich auch nicht, wie wir die Sache überhaupt anders machen könnten.“

(Fortsetzung folgt.)

durch Pensionen und Abfertigungen, sowie durch den Aufwand für Ersatzkräfte, welche an Stelle der wohllos Hinausgeworfenen eingestellt werden müssen. Schließlich hat auch die Regierung, welche die bereits versprochene Herabsetzung der Zahl der Ministerien aus rein parteipolitischen Gründen entgegen den sachlichen Bedürfnissen nicht vorgenommen hat, jedes Recht darauf verloren, einen Angelegenheitenabbaul durchzuführen. Unter solchen Umständen ist die weitere Durchführung des Abbaugesetzes für den Staat zwecklos, für die Bevölkerung aber unerträglich.

Genosse Schweinhart

ergriff zur Begründung dieses Antrages das Wort und richtete an die Nachbader in diesem Saale nochmals den dringenden Appell zur Beseitigung dieses Schandgesetzes, indem er u. a. ausführte:

Das Abbaugesetz hat in den Reihen der deutschen Arbeiterklasse ungeheure Verwüstungen angerichtet. Das Abbaugesetz ist ein Fassbrennen gewesen, das insbesondere auf die deutsche Arbeiterklasse draußen in den Randgebieten niedergeschlagen ist. Das Abbaugesetz war ein Mittel in den Händen der tschechischen Chauvinisten, unliebame deutsche Arbeiter zu bekämpfen.

Es ist ein ungläublicher Mißbrauch mit diesem Gesetze getrieben worden.

indem man überall, wo es halbwegs möglich war, aus chauvinistischen Gründen selbst die besten und tüchtigsten Arbeiter und Beamten aus den staatlichen Betrieben, aus den Eisenbahnwerkstätten, aus den Post- und Telegraphenanstalten, aus den Feuerämtern usw. entfernt hat, sofern sie deutsch waren, um an ihrer Stelle fremde heranzuziehen. Aber der Abbau ist eigentlich nicht in dem Sinne erfolgt, wie er ursprünglich vielleicht gemeint war, nämlich um eine Reduzierung aus Ersparungsgründen vorzunehmen, in Wirklichkeit ist er bloß

ein Austausch in der Richtung gewesen, daß man an Stelle der anständigen deutschen Arbeiter Leute aus dem tschechischen Sprachgebiet herangezogen hat.

So hat man z. B. nach Bodenbach systematisch Leute aus dem Ladorer Gebiet herangezogen, man hat in den Dörfern des Ladorer Bezirkes durch die Gemeindevorsteher, durch Zirkulare usw. Leute direkt vom Feld weg, einfache Arbeiter ausgenommen und hat sie in die Staatsbahnwerkstätte nach Bodenbach gebracht, während man die deutschen Arbeiter einfach auf's Pflaster geworfen hat. Die Erregung über diese Vorgänge, die zugleich eine Verschlechterung des Verkehrswezens nach jeder Richtung hin bedeuten, ist eine allgemeine und kam in großen Kundgebungen leidenschaftlich zum Ausdruck. Angesichts der unsozialen Wirkungen des Abbaugesetzes, das ein blutiger Haß auf das im Verfassungsgesetz verbürgte gleiche Recht der Angehörigen aller Nationen auf Staatsanstellung ist, fordern wir dessen schleunige Beseitigung. (Beifall.)

All diese vorgebrachten, schlagenden Einwände blieben jedoch erfolglos: die Dringlichkeit wurde dem Antrage unserer Genossen nicht zuerkannt. Entrüstung erregte es, als die slowakische Volksparteier sich an der Abstimmung nicht beteiligten, sondern vorher den Saal verließen. Ein gleiches Schicksal traf die gleichlautenden Anträge der Kommunisten sowie des Abgeordneten Patzel und Genossen, die gleichfalls die Aufhebung des Restriktionsgesetzes verlangten. Der Ausfall der Abstimmung wurde auf den deutschen Bänken mit lärmendem Widerspruch entgegengenommen. Weiters wurde

ein Antrag des Genossen Czech, der Ministerpräsident möge noch in der heutigen Sitzung persönlich erscheinen und Aufklärungen über die Sprachenverordnungen geben,

abgelehnt. Bei der Abstimmung über die Dringlichkeit der Interpellation Smeral und Genossen über eine Amnestie, bzw. Abolition politischer Delikte, betrat die slowakische Volksparteier den Sitzungssaal und stimmten zur Abwechslung wieder einmal für den oppositionellen Antrag. Dieses Vorgehen der Lubaci rief bei den oppositionellen Abgeordneten Gelächter und ironische Zurufe, was ihnen denn passiert sei, hervor. Die Sitzung wird hierauf um 4.15 Uhr auf 7 Uhr abends vertagt.

Um halb acht Uhr abends wurde die Sitzung wieder aufgenommen. Das Haus setzte die Debatte über die Erklärungen des Außenministers fort.

Muna (Kommunist) erklärt, daß die ungarische Geldfälscheraffäre die logische Folge des heutigen Regierungssystems in Ungarn ist, das nicht ohne die Verdienste des gewissen Landesverteidigungsministers Klossa und auch nicht des Außenministers Benes installiert wurde. Muna sprach dann in bestiger Weise über Mussolini, wobei er vom Vizepräsidenten Dostalek aufgefordert wurde, Repräsentanten auswärtiger Staaten nicht zu beleidigen. Er wirft dem tschechischen sozialdemokratischen Senator Witt vor, das Amt eines italienischen Konsuls zu bekleiden, was Stivin zu dem Zwischenruf veranlaßt, daß Witt das Amt schon niedergelegt habe. Muna erklärt weiter, daß zwischen der Regierung der faschistischen Halsabschneider und dem Ministerpräsidenten Benes ein wahres Freundschaftsverhältnis herrsche.

Stivill (Volkspartei) und Böhmi Rudolf (D. D. S.) sind die nächsten Redner. Ostry (Gewerkschaft) gerät während seiner Ausführungen mehrmals mit den Kommunisten in Konflikt.

Der slowakische Volksparteier Tuka, der zukünftige Führer der slowakischen Merkale, wird vom Hause mit großem Interesse angehört. Tuka wirft dem Außenminister vor, daß er sich viel zu zurückhaltend in der Geldfälscheraffäre geäußert habe. Die Slowaken würden durch die allzu große Reserve und den milden Ton der Ausführungen Benes deunruhigt. (Stürmischer Beifall bei den slowakischen Volksparteiern.) Tuka fragt, ob dies vielleicht mit der Temešvarer Konferenz oder mit der Absicht einer Grenzregulierung zusammenhänge. Er erklärt im Namen seiner Partei, daß diese unbedingt auf

der Integrität der Slowakei verharre und gegen jede Division der Slowakei protestiere. In diesem Falle könne die Regierung, obwohl die Partei in Opposition stehe, immer mit ihr rechnen. Da sie aber in der Rede des Außenministers eine gewisse Abkühlung zu Ungunsten der Slowakei sehe, könne sie das Exposé des Außenministers nicht zur Kenntnis nehmen. (In den Beifall der Slowaken stimmt auch ein Teil der Koalition ein.)

Sodann wurde die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung morgen halb 10 Uhr vormittags.

Wahl des Präsidiums im Senat.

Protest unserer Genossen gegen die Sprachenverordnung. — Genosse Niehner zum deutschen Vizepräsidenten des Senats gewählt.

Prag, 18. Febr. Die heutige Sitzung des Senates, die erste seit der kurzen Tagung des Hauses im Dezember des Vorjahres, stand unter dem Eindruck des Protestes unserer Genossen über die Sprachenverordnung. Denn unsere Genossen hatten, trotzdem die Tagesordnung der Sitzung ihnen jede Möglichkeit dazu zu nehmen schien, es dennoch verstanden, die Sprachenverordnung in einer Anfrage des Genossen Heller und in einem Antrag des Klubs zur Sprache zu bringen. Die Deutschbürgerlichen inszenierten zu Beginn der Sitzung, die mit einer einstündigen Verspätung begann, einen Proteststurm, an dem sich auch ein nationalsozialistischer Senator mit einem schwachdünenden Pfeifert beteiligte. Hätten nicht unsere Genossen durch Zwischenrufe, wie „Wo ist der wortbrüchige Ministerpräsident“, „Er soll sich für die Sprachenverordnung verantworten“ usw. diesen Proteststurm zu einer würdigen Kundgebung gemacht, so wäre den Deutschbürgerlichen der Atem für die Protestaktion gleich wieder ausgegangen. Als nämlich unsere Genossen keine Zwischenrufe mehr machten, hörte man von den deutschbürgerlichen Bänken nur ein unverständliches Gemurmel und das flüchtige Tönen des Pfeiferts. Bezeichnenderweise beteiligten sich die Slowaken in keiner Weise an dem Lärm.

Der Ministerpräsident ließ sich während der ganzen Sitzung nicht blicken, so daß der Zwischenruf eines unserer Genossen: „Der Ministerpräsident ist jetzt gerade beim Frühstück, er kann daher nicht kommen!“ Recht zu behalten schien.

Die Wahl des Präsidiums erfolgte auf Grund der Einigung der Koalition, der zufolge bekanntlich der Präsident des Hauses alljährlich neu gewählt wird. Zum ersten Präsidenten des Hauses wurde heute Senator Klossa gewählt. Deutscher Vizepräsident des Hauses ist Gen. Niehner.

Vor der Sitzung des Plenums fand eine Klubobmannerkonferenz statt, die sich mit der Wahl des Präsidiums und der verschiedenen Ausschüsse befahte. Bei der Frage des Präsidiums nahmen die Vertreter der deutschbürgerlichen Parteien, Lippert (Agr.) und Hilgenreiner (D. Merk.) die Gelegenheit wahr, um sofort einen Angriff gegen unsere Partei vorzubringen, indem sie die Stelle des deutschen Vizepräsidenten für den „Bund der Landwirte“ als der angeblich stärksten deutschen Partei reklamierten. Dabei leistete sich Senator Hilgenreiner die Unterstellung, als hätte unsere Partei wegen dieser Angelegenheit mit den Koalitionsparteien verhandelt. Genosse Dr. Heller wies dies als unwar zurecht und betonte, daß die sozialdemokratische Partei die stärkste deutsche Partei ist und daher den Anspruch aufrecht erhalte. Als dann Senator Hilgenreiner mit viel Emphase erklärte, daß der Kandidat der sozialdemokratischen Partei niemals das Vertrauen der im „Deutschen Verband“ vereinigten Parteien genießen werde, antwortete ihm Genosse Dr. Heller dahin, daß dieser Kandidat dieses Vertrauen niemals gesucht habe und sich ausschließlich auf das Vertrauen der sozialdemokratischen Partei stütze.

Während also die erste Tat der deutschbürgerlichen Parteien ein Angriff auf eine andere deutsche Partei war, stellte Genosse Dr. Heller die Forderung auf, daß der von uns in der Sprachenfrage zu überreichenden Interpellation die Dringlichkeit zuerkannt und so die Möglichkeit gegeben werde, in der nächsten Zeit über die Durchführungsverordnung im Sprachengesetz eine Debatte abzuführen. Der Vorsitzende nahm die Forderung zur Kenntnis. Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß die Dringlichkeit nicht zuerkannt wird, offenbar deshalb, weil das schlechte Gewissen des Ministerpräsidenten eine solche Debatte nicht zuläßt.

Mit einstündiger Verspätung begann dann um fünf Uhr die

Plenarsitzung.

bei deren Beginn es zu den geschilderten Zwischenfällen kam. Als man zu der Wahl des Präsidiums schritt, verließen die Deutschbürgerlichen, die Magyaren und die Slowaken den Saal. Zum Präsidenten des Hauses wurde mit 86 von 107 abgegebenen Stimmen Senator Klossa gewählt. Der Kommunist Houfer erhielt 19 Stimmen, zwei Stimmgel

waren leer. Senator Klossa nahm die Wahl an und bedankte sich in einer längeren Rede, in der er besonders viel über die Demokratie in diesem Saale und die wichtige Aufgabe des Senates sprach. Als ihm Genosse Heller dazwischen rief: „Mit Worten kann man die Demokratie nicht schützen!“ und Genosse Joll hinzusetzte: „Die Sprachenverordnung ist der beste Beweis für Ihre Demokratie!“, geriet der Redner etwas aus dem Konzept. Die Koalition applaudierte am Schluß natürlich stürmisch.

Bei der Wahl der Vizepräsidenten wurden gewählt die Senatoren Braček (Nat.-Dem.) mit 86, R. Donat (Agr.) mit 86, Dr. Huban (Agr.) mit 86, Genosse Niehner mit 83 und Dr. Soukup (Sch. Soz.-Dem.) mit 86 Stimmen. Der Kommunist Houfer erhielt 19, der tschechische Gewerbetreibende Pastilka 21 Stimmen.

Sodann erfolgte die Wahl einiger Ausschüsse, worauf die Sitzung geschlossen und fünf Minuten später eine neue eröffnet wurde. Zu Beginn dieser Sitzung meldete sich Genosse Dr. Heller zu Worte und fragte an,

Gegen die Verschiebung der Abrüstungskonferenz.

Eine Interpellation der Abgeordneten Genossen Dr. Czech und Hillebrand an den Minister des Auswärtigen wegen der Verschiebung der Abrüstungskonferenz besagt:

Einer Meldung aus Genf zufolge haben die Vertreter mehrerer Staaten, darunter auch der Tschechoslowakei, beim Sekretariat des Völkerbundes den Antrag gestellt, den Zusammenritt der vorbereitenden Kommission der Abrüstungskonferenz zu vertagen. Als Begründung wird angeführt:

1. Die Regelung des Eintrittes Deutschlands in den Völkerbund,
 2. die Regelung des Verhältnisses des Völkerbundes zu Sowjetrußland,
 3. die Stellungnahme der amerikanischen Delegierten zu den Verhandlungen,
 4. Regelung einiger bis jetzt noch strittiger österreicherisch-ungarischer Fragen.
- Es ist auf den ersten Blick klar, daß es sich hier durchaus nur um Scheingründe handelt, da die Konferenz keineswegs auf die Völkerbundmitglieder beschränkt ist, da Amerika seine Teilnahme bereits zugesagt hat und das Bestehen irgendwelcher strittiger Fragen zwischen zwei Konferenzteilnehmern natürlich in jedem Zeitpunkt als Vorwand zur Verhinderung der Konferenz herangezogen werden könnte. Aus diesen Gründen muß es wunder nehmen, daß die Tschechoslowakei unter jenen Staaten genannt wird, welche die neuerliche Pinauschiebung der Abrüstungskonferenz mit veranlaßt haben, da eine solche Stellungnahme durchaus im Widerspruch zu der Haltung des Außenministers steht, der sich immer bemüht hat, als eifriger Förderer des Abrüstungsgedankens zu erscheinen.

Wir haben wiederholt, insbesondere bei der parlamentarischen Besprechung über das Genfer Protokoll und über die Verträge von Locarno unseren Standpunkt dargelegt, daß alle Friedensspalte und Garantieverträge vollkommen wertlos bleiben, wenn nicht eine reale Sicherung gegen die Kriegsfahr durch den Abbau des Militarismus geschaffen wird. Die Abrüstung ist aber insbesondere für die Tschechoslowakei auch aus innerpolitischen Gründen eine Notwendigkeit, weil die hohen Militärausgaben und die zum Großteil gleichfalls durch militärische Ausgaben gewaltig anwachsenden Staatsschulden schon jetzt unerträglich drückend sind. Die Stellungnahme des tschechoslowakischen Vertreters beim Völkerbund widerspricht also den Interessen der Bevölkerung.

Die Interpellanten fragen schließlich den Minister:

1. Ist es richtig, daß der Vertreter der Tschechoslowakei im Völkerbundrat an einer Vertagungssitzung teilgenommen hat?
2. Wenn dies der Fall ist, wie rechtfertigt der Minister diese Stellungnahme?
3. Gedankt der Minister Schritte zugunsten einer baldigen Einberufung der Abrüstungskonferenz zu unternehmen?

Das „Bravo Lidu“ leht seine unfaubere Polemik fort.

Das „Bravo Lidu“ nimmt unsere Abwehr gegen seine unerhörten Angriffe auf unsere Abgeordneten zur Kenntnis, aber nicht etwa in der Weise, daß es seine Leser über unseren Stand-

warum die im Dezember von unserer Partei eingebrachten Resolutionen bisher noch nicht im Druck vorliegen. Weiter stellte er das Verlangen, daß unserer Interpellation in der Sprachenfrage die Dringlichkeit zuerkannt werde.

Der Vorsitzende erklärte auf diese Anfrage, daß die Interpellation wegen der Sprachenfrage noch nicht vorliege, über die Dringlichkeit daher noch nicht abgestimmt werden könne. Ueber den anderen Teil der Anfrage schweig er sich aus. Sodann gelangte der von unseren Genossen eingebrachte

Antrag

zur Verlesung, der fordert,

daß der Ministerpräsident in der nächsten Sitzung im Hause erscheinen möge, um über die Gründe, die zur Herausgabe der Sprachenverordnung bestimmend waren, Rechenschaft abzulegen. Der Antrag stützt sich in seiner Begründung auf die ungeheure Erregung, die die Verordnung bei den sogenannten Minoritäten hervorgerufen hat, sowie auf die Tatsache, daß die Verordnung einige Gesetze wie das Minoritätengesetz und die Verfassung größtenteils verleihe.

Die Koalition lehnte einstimmig den Antrag ab, was auf den Bänken unserer Genossen einen Sturm der Entrüstung erregte. Genosse Heller hielt in erregten Worten der Koalition ihre Verantwortungslosigkeit vor, erklärte, daß sie ein schlechtes Gewissen habe und mit der Demokratie Schindluder treibe und schloß die Improvisierte, jedoch vom ganzen Hause schweigend angehörte Anfrage mit einem dringlichen „Psui!“ auf die Methoden der Koalition.

Nachdem der Vorsitzende verkündet hatte, daß die nächste Sitzung des Senats am kommenden Dienstag um 4 Uhr nachmittags stattfindet, wurde die Sitzung geschlossen.

punkt richtig informiert, sondern durch Herausgreifen einiger Sätze, die es überdies bis zur Unkenntlichkeit und völligen Verkehrung ihres Sinnes entstellten. Wir haben angeblich die Absicht zugegeben, daß wir Dr. Benes „niederzuschreiben“ wollten, weil er die Sprachenverordnung unterschrieben hat. Das „Bravo Lidu“ sagt nicht ein Wort davon, daß in der parlamentarischen Zeit eine Reihe folgenswerter und für die Arbeiterklasse verbesserlicher reaktionärer Maßnahmen gesetzt oder angefügt wurde, von denen die Sprachenverordnung nur ein, allerdings wichtiger, Teil war. Das „Bravo Lidu“ verschweigt, daß sich Genosse Dr. Czech durch Einschreiten beim Präsidenten des Hauses bemüht hat, eine parlamentarische Aussprache über alle diese Dinge herbeizuführen, und daß dies nach Koalitionsbrauch glatt abgesehen wurde.

Das „Bravo Lidu“ sucht also seinen Lesern auf alle Weise zu verbergen, daß es sich bei den Ereignissen in der Dienstagsitzung um den spontanen Ausbruch einer lang angeammelten Empörung handelte, die sich nur deshalb just anläßlich des Benes-Exposes entlud, weil eben die Koalition im Gegensatz zu der Übung aller anderen Parlamente der Welt es der Opposition mit allen Mitteln unmöglich macht, auch nur ihre Wünsche und Beschwerden in parlamentarischer Form vorzubringen. Das Bemühen, diesen nur zu berechtigten Protest gegen die parlamentarischen Methoden der Koalition, an denen leider die tschechischen Sozialdemokraten in so hohem Maße beteiligt sind, in eine Unterstützung der ungarischen Geldfälscher umzulügen, ist nun durch unsere Feststellung, daß unser Klub bereits eine Interpellation in der Geldfälscheraffäre vorbereitet hatte und sie nur deshalb nicht überreichte, weil die parlamentarische Aussprache bereits gesichert war, in einer für das „Bravo Lidu“ sehr unliebamen Weise durchkreuzt worden. Das „Bravo Lidu“ verteidigt sich daher dazu, diese Feststellung als „faule, wenn nicht erlogene Ausrede“ zu bezeichnen. Wir wissen nicht, ob bei den tschechischen Sozialdemokraten die faulen Ausreden zu den üblichen Mitteln gehören. Bei uns ist dies jedenfalls nicht der Brauch. Wir stellen fest, daß in der Klubitzung vom 10. Febr. die Einbringung der Interpellation beschlossen und dann, wie erwähnt, nach erfolgter Sicherung der Aussprache von der Überreichung der fertiggestellten Interpellation abgesehen wurde. Wir haben einen Vertreter des Klubs der tschechischen Sozialdemokraten freundlichst ein, in die bezüglichen Sitzungsdokumente Einblick zu nehmen und sich auch den Interpellationsentwurf vorlegen zu lassen.

Im übrigen hat die ausgezeichnete Rede des Genossen Dr. Czech über unseren Standpunkt zum Dorthy-Regime wohl volle Klarheit geschaffen und zugleich aufgedeckt, wer in Wirklichkeit dem ungarischen Proletariat in schwerer Stunde in den Rücken gefallen ist.

Nur bei der Wahrheit bleiben! Das „Bravo Lidu“ bringt in der Nummer vom 12. d. M. eine Notiz, in der es sich mit dem Artikel des Gen. Polak über die Jännerbest des Wiener „Kampf“ über die Wahlen in der Tschechoslowakei in der gewohnten Weise beschäftigt. Das Blatt behauptet, es sei „einfach unwahr“ (nein profste pravda), daß die deutsche Sozialdemokratie aus den Wahlen als die stärkste deutsche Partei hervorgegangen sei; die deutschen Agrarier hätten um 160.000 Stimmen mehr erhalten. Demgegenüber sei

nachmals der allgemeine, also auch dem „Pravo Lidu“, bekannte Tatbestand wiederholt. Auf den Bund der Landwirte entfielen 342.339 Stimmen, auf die deutschen Sozialdemokraten (in den Sudetenländern) 405.942; also nicht 100.000 weniger, sondern um 83.603 mehr. Daß dann der Klub des Bundes der Landwirte mit 571.198 auf der Bildfläche erschien, geht, wie allgemein also auch dem „Pravo Lidu“ bekannt ist, darauf zurück, daß ihm die 228.859 für die deutschen Gewerbetreibenden, die magyarischen Nationalisten und die Brüner Mittelstandspartei (Boeranpartei) abgegebenen Stimmen zugezählt wurden, mit welchen Parteien der Bund der Landwirte ein Wahlbündnis geschlossen hatte. Die Behauptung des „Pravo Lidu“ widerspricht also der Wahrheit, ist nicht der Ausdruck der statistisch kontrollierbaren Tatsachen, sondern höchstens der Ausdruck eines heißen aber unerfüllt gebliebenen Herzenswunsches des tschechoslowakischen Blattes. Nicht minder unwahr, wenn auch nicht mit der gleichen Exaktheit der Statistik fahbar ist das, was das Blatt sonst in seiner kurzen Notiz an Behauptungen vorbringt. Es behauptet, daß Gen. Polach die gute Hälfte seines Auftrages dem Angriffe auf die tschechische Sozialdemokratie gewidmet habe. Die Behandlung der großen Niederlage der tschechischen Sozialdemokratie und ihrer Ursachen in dem Artikel des „Rampf“ ist von jeder Gehässigkeit frei, enthält in keinem Worte einen aggressiven Charakter und nimmt natürlich viel weniger als die Hälfte des ihm zukommenden Raumes ein. Das „Pravo Lidu“ wird es uns auch gestatten müssen, daß wir die Richtigkeit und Wirkung unserer politischen Taktik auch an dem Wahlausgang zu prüfen uns erlauben und seine Junktur, uns zu zensurieren, entschieden ablehnen. Sein Hohn über Polachs Bemerkung, daß sich das Wort auf die weitere Entwicklung der Koalitionspolitik auch realpolitisch bewährt habe, trifft sehr daneben. Ob die tschechische Sozialdemokratie, die spöttisch meint, bei der Politik des Wortens müsse man nichts tun und nichts denken, angesichts ihrer neuesten Koalitionsergebnisse zu solchem Spott berechtigt ist, ist zumindest zu bezweifeln. Ihre billige Polemik gegen Gen. Polachs Artikel versteht das „Pravo Lidu“ mit dem Titel: „Aus der Auslandspropaganda“ unserer deutschen Genossen“. Diese obduse, ein wenig nach polizeilicher Terminologie ausschauende Kennzeichnung eines Artikels, der in einer wissenschaftlichen Revue des Sozialismus erscheint, wirft auch ein Licht auf die „internationale“ Mentalität des tschechischen Parteiblattes. Seine Inlandspropaganda gegen uns beruht auf der Irreführung seiner Leser, denen es über uns mitteilt, was ihm paßt. Dieser Mangel an Gewissenhaftigkeit erhält noch eine Steigerung in der Brüner „Stráž Socialismu“. Diese druckt die Notiz des Zentralblattes ab, gibt ihr aber einen anderen Titel, aus dem zu ersehen ist, daß das Blatt nicht einmal weiß, wovon der Artikel im „Rampf“, über den sich sein Unwille erzieht handelte. Es scheint aber diese eines sozialistischen Blattes nichts weniger als würdige Manier gar nicht als Mangel zu empfinden.

Die Auswirkungen der Sprachenverordnung.
 Gestern besahe sich eine vom Parteivorstand einberufene Enquete ausführlich mit der Durchführungsverordnung zum Sprachengesetz und ihren Auswirkungen. Bei der Beratung waren die Mitglieder der juristischen Fachgruppe der Parlamentsfraktion und einige außenstehende juristische Experten, ferner Vertreter der freigeberischen Organisationen der öffentlichen Angestellten und Funktionäre der Selbstverwaltungskörper vertreten. Genosse Dr. Heller erstattete ein kurzes einleitendes Referat, worauf in einer lebhaften Debatte die einzelnen Bestimmungen der Sprachenverordnung einerseits nach der verfassungsrechtlichen Seite hin geprüft, andererseits auf ihrem nationalen, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen hin untersucht wurden. Das Ergebnis der Beratungen wird in zwei Denkschriften zusammengefaßt werden, welche der Partei die Grundlage und Richtlinien für ihren weiteren Kampf gegen die Sprachenverordnung bieten sollen.

In den ständigen Ausschuss wurde für unsere Parlamentsfraktion nicht, wie wir irrtümlich meinten, Genosse Schäfer, sondern Genosse Dr. Czoch gewählt. Erghmann ist wie bereits gemeldet, Genosse Hillebrand.

Ein Steuerreform-Ausschuss unserer Partei. Der Parteivorstand hat im Einvernehmen mit der Zentralverwaltungskommission beschlossen, eine Kommission zur Prüfung der bevorstehenden Steuerreform einzusetzen. Die Kommission wird voraussichtlich im Laufe der nächsten Woche zusammentreten und ist aus den wirtschaftlichen und juristischen Experten unserer parlamentarischen Klubs sowie aus Vertretern der Gewerkschaften und Genossenschaften zusammengesetzt. Die Kommission soll alle nötigen Vorarbeiten für die bevorstehende durchgreifende Steuerreform treffen und namentlich die Interessen der arbeitenden Schichten in dieser wichtigen Angelegenheit genau formulieren.

Prager Kurse am 18. Feber.

Ware	Preis	Ware	Preis
100 holländische Gulden	1355.75	100 Reichsmark	809.00
100 belgische Franken	158.05	100 Schweizer Franken	853.25
100 Schweizer Franken	853.25	1 Bund Sterling	164.05
100 Lire	134.45	100 Dollar	137.55
1 Dollar	83.70	100 iranische Franken	121.00
100 iranische Franken	121.00	100 Dinar	60.10
1000 ungarische Kronen	4.71 97	100 polnische Loty	464.00
100 polnische Loty	464.00	100 Schilling	480.00

Die Sprachenverordnung — eine drückende Fessel für die deutschen Gemeinden.

Von Leopold Pözl.

Die reaktionären und nationalistischen Einflüsse machen sich in der neuen tschechoslowakischen Regierung rask und fühlbar geltend. Sechs Jahre hindurch sind die Behörden und Kenner mit dem Sprachengesetz ohne Durchführungsverordnung ausgekommen und das „Vorrecht“ der tschechoslowakischen Sprache wurde nicht im mindesten geschädigt. Am 4. Feber ist nunmehr, von den tschechischen Nationaldemokraten und Nationalsozialisten betrieben, die Durchführungsverordnung zum Sprachengesetz erschienen. Damit wird das Sprachengesetz, welches einen Bestandteil der Verfassung bildet, für den Bereich der Ministerien des Innern, der Finanzen, für Industrie, Handel und Gewerbe, für öffentliche Arbeiten, für Gesundheitswesen und für öffentliche Erziehung sowie für die lokalen Selbstverwaltungsbehörden zur Durchführung gebracht. Der Inhalt der Sprachenverordnung ist das in Paragraphen geordnete Unrecht gegenüber den anderssprachigen Minderheiten, vor allem gegenüber den dreieinhalb Millionen Deutschen der tschechoslowakischen Republik und begründet die Befürchtungen, welche bei der Minderheitsbevölkerung vorhanden waren.

Wenn ein Vergleich zwischen den bisherigen Verhältnissen und jenen, welche durch die Sprachenverordnung nunmehr erzwungen werden, angesetzt wird, so ist festzustellen, daß durch die Sprachenverordnung die Selbstverwaltungsorgane am allerhäufigsten getroffen werden. Das 14. Hauptstück des Sprachengesetzes enthält die Bestimmungen über den Sprachengebrauch bei den Ämtern der lokalen Selbstverwaltung, der autonomen Vertriebskörper, die Verhandlungssprache in den Gemeinden, den Eingaben an Gemeinden und ihre Erledigung. Sie sind derart angefaßt, daß in der Praxis in jeder Gemeinde ein Mensch da sein muß, welcher die tschechische Sprache in Wort und Schrift beherrscht. Denn jede Gemeinde ist immer verpflichtet, mündliche und schriftliche Eingaben in der tschechoslowakischen Sprache anzunehmen und zu erledigen. Gemeinden, welche mindestens dreitausend Einwohner haben oder in deren Vertretung ein Angehöriger der tschechoslowakischen Sprache Mitglied ist oder für die ein Gemeindevorstand oder Untereinnotar angestellt ist oder 20 Prozent Angehöriger der tschechoslowakischen Sprache wohnen, sind verpflichtet, Eingaben, welche in der tschechoslowakischen Sprache gemacht wurden in derselben Sprache zu erledigen. In diesen Gemeinden müssen auch über Verlangen Anträge und Kundmachungen in der tschechoslowakischen Sprache in die Protokolle der Sitzungen eingetragen werden. Jeder der tschechoslowakischen Sprache Angehörige kann die Erledigung seiner Eingabe in tschechoslowakischer Sprache verlangen und dieses Verlangen muß sofort durchgeführt werden.

Gegenüber diesen, den Angehörigen der tschechoslowakischen Staatsnation eingeräumten Recht betrachte man nun die sprachrechtliche Behandlung der Minderheiten, vor allem der großen deutschsprachigen Minderheit. Nur in jenen Gemeinden, wo mindestens 20 Prozent Angehörige einer anderen als der Staatssprache wohnen, besteht für die Gemeindeverwaltung die Verpflichtung, in der Sprache dieser Minderheit erfolgte Eingaben anzunehmen und zu erledigen. In diesem Falle erfolgt die Erledigung nicht allein in der Staatssprache, sondern auch in der Sprache der Minderheit. Während die der tschechoslowakischen Sprache Angehörigen die Protokollierung von Anträgen und Kundmachungen in der tschechoslowakischen Sprache verlangen können, wenn die Gemeinde über dreitausend Einwohner zählt, oder wenn für sie ein Gemeindevorstand oder Distriktsnotar bestimmt ist, oder wenn in der betreffenden Gemeindevertretung ein Angehöriger der tschechoslowakischen Sprache Mitglied ist, so können dies die Angehörigen einer Minderheitsprache, also auch die Deutschen nur dann, wenn in der betreffenden Gemeinde mindestens zwanzig Prozent Staatsbürger dieser Sprache wohnen. Es sind die neunhundertachtzig deutschen Gemeinden des Böhmerwaldes, des Erz- und Riesengebirges und Südmährens, in denen bei den Gemeindevorständen keine einzige tschechische Stimme abgegeben wurde, verpflichtet, jedem Ortsfremden, der tschechoslowakischen Sprache angehörigen Bürger seine in der Muttersprache erfolgte Eingabe zu erledigen, während die dreißigtausend Deutschen in Prag keinerlei Recht darauf besitzen, ihre Eingaben in tschechoslowakischer Sprache zu machen haben und auch in dieser Sprache erledigt bekommen. Jede deutsche Gemeinde hat zur Erledigung tschechoslowakischer Eingaben sich einen Angestellten zu besorgen oder sonst sich um diese Erledigung zu kümmern, die Stadtgemeinde Prag braucht keinen einzigen Beamten zu haben, welcher der deutschen Sprache mächtig ist. In einer deutschen Gemeinde kann ein einziger Gemeindevorsteher mit seiner Förderung, die Sprachenverordnung genau eingehalten, den ganzen Apparat lahm legen, wie dies in Eger bereits geschehen ist, die Deutschen einer tschechoslowakischen Gemeinde werden durch die Sprachenverordnung praktisch rechtlos gemacht. Diese ungleiche Behandlung, welche der Staatsnation ganz erhebliche Vorrechte einräumt, widerspricht der Verfassung und dem Sprachengesetz. Aber es ist eben der Zweck der Sprachenverordnung, die Angehörigen der tschechoslowakischen Sprache zur Herrschaft zu erheben und die „Minderheiten“ zu Staatsbürgern zweiter Klasse zu stampeln, die nur

geduldet sind. So will es die Regierung der höheren Schweiz!

Die Verhandlungssprache wird nach dem Artikel 70 der Sprachenverordnung durch die Gemeindevertretung bestimmt. Inwieweit eine solche Selbstbestimmung der Verhandlungssprache für die deutschen Gemeinden möglich ist, geht aus der Bestimmung hervor, daß die tschechoslowakische Sprache als Staatssprache die Verhandlungssprache sein muß, wenn in der Gemeinde mehr Angehörige der Staatssprache als der Minderheitsprache wohnen. Die Gemeindevertretung bestimmt in jenen Gemeinden, wo die Mehrheit der Bewohner nicht aus Angehörigen der Staatssprache besteht, mit Mehrheitsbeschluß, ob und in welchem Maße eine andere als die Staatssprache als Verhandlungssprache zu benützen ist. Magistratsräte von Städten mit eigenem Statut heben die Angelegenheiten der politischen und finanziellen staatlichen Verwaltung in der Staatssprache zu besorgen. Die Gemeinden mit deutscher Mehrheit können sich also nach den Bestimmungen der Sprachenverordnung als Verhandlungssprache die deutsche Sprache bestimmen. Sie müssen aber mündliche und schriftliche Eingaben in einwandfreier Form in der Staatssprache erledigen, während die Gemeinden mit tschechoslowakischer Mehrheit in der Staatssprache amtieren und Eingaben in der Sprache einer Minderheit nur dann annehmen und erledigen müssen, wenn mindestens zwanzig Prozent der Bevölkerung in der Gemeinde Angehörige dieser Minderheit sind. In diesem Falle sind die Vertreter dieser Minderheit auch berechtigt, bei den Beratungen der Gemeindevertretung, der Kommission und Ausschüsse ihre Sprache anzuwenden.

Bestimmt eine Gemeindevertretung neben der Sprache einer sprachlichen Minderheit auch die tschechoslowakische Sprache zur Verhandlungssprache, so hat der amtliche Verkehr überhaupt in der tschechoslowakischen Staatssprache zu erfolgen, denn es werden in diesem Falle die Bestimmungen des Paragraphen 16 der Sprachenverordnung wirksam. Die deutschen Gemeinden können also die tschechoslowakische Sprache nicht als Verhandlungssprache bestimmen, weil sie damit die deutsche Sprache selbst aufgeben würden.

Damit die Folgen der Sprachenverordnung auch sonst für jeden sichtbar in Erscheinung treten, muß jedes Gebäude, in dem sich ein Gemeindevorstand befindet, immer auch in der tschechoslowakischen Sprache bezeichnet werden; und zwar mit Aufschriften gleicher Größe und Ausstattung wie in der Minderheitsprache und an erster Stelle. In den Gemeinden mit tschechoslowakischer Mehrheit muß die Aufschrift in einer anderen als der tschechoslowakischen Sprache nicht angebracht werden. Der Gemeindestempel muß in allen Gemeinden mit mindestens zwanzig Prozent Angehörigen der Staatsnation den Text auch in tschechoslowakischer Sprache haben, während in Gemeinden mit zwanzig Prozent Angehörigen einer sprachlichen Minderheit dies nicht gesetzlich vorgeschrieben ist. Allerdings ist dieser doppelsprachige Gemeindestempel in jenen Gemeinden, welche keine Mehrheit der tschechoslowakischen Nationalangehörigen aufweisen, nur bei Urkunden, Akten und Kundmachungen der Gemeinde vorgeschrieben.

Heimatsprache und die sogenannten kleinen Grenzgebiete sind nur in tschechoslowakischer Sprache auszusprechen. Eine Beschränkung der Gemeindeautonomie, welche der geltenden Gemeindeordnung widerspricht und eine Sonderstellung der Gemeinden in den Grenzgebieten, welche im Sprachengesetz nicht vorgesehen ist! Die Regierung überschreitet mit der Durchführungsverordnung überhaupt mehrmals die im Sprachengesetz gezogenen Grenzen.

Alle Gemeinden mit mindestens dreitausend Einwohnern müssen binnen drei Jahren eine dem Dienstgebrauch genügende Anzahl von Organen besitzen, welche die Staatssprache in Wort und Schrift beherrschen. Diese Gemeinden sind auch verpflichtet, alle Kundmachungen immer auch in der tschechoslowakischen Sprache und nach Anordnung der Staatsbehörde zu veröffentlichen, die mündlichen Verlautbarungen in der tschechoslowakischen Sprache zu verlautbaren oder verlaublichen zu lassen sowie Orientierungstafeln auf Straßen und Wegen stets auch in der Staatssprache anzubringen. Wird in Orten mit über zwanzig Prozent Angehörigen einer Minderheit auch die Minderheitsprache oder überhaupt eine andere Sprache angewendet, so muß die tschechoslowakische Sprache immer an erster Stelle stehen. Alle kleineren Gemeinden haben gleichfalls für eine einwandfreie Erledigung der Schriftstücke in der tschechoslowakischen Sprache Sorge zu sein. Beherrscht kein Mitglied der Gemeindevertretung oder Angestellter der Gemeinde die Staatssprache und ist keine Uebersetzung der Eingabe möglich, so hat der Gemeindevorsteher bei persönlicher Verantwortung die Eingabe binnen 24 Stunden der übergeordneten staatlichen Verwaltungsbehörde, also der politischen Verwaltung, einzuliefern, damit diese die Uebersetzung besorge. Die hiermit verbundenen Auslagen hat die Gemeinde zu erstehen. Dadurch ist es jedem nationalen Chauvinisten der Staats- und Herrschaftsmacht, eine deutsche Gemeinde mit tschechischen Eingaben zu bestürmen, der Gemeinde unnütze Kosten zu verursachen und den Gemeindevorstand in Strafe zu bringen. Die politischen Bezirksverwaltungen können ebenfalls

Rundfunk für Alle!

Programm für morgen, den 20. d. M.

Prag, 17. Konzert: 18.15: Deutsche Sendung. Lehrer Scholz: Märchen; 20.30: Operetten-Abend. — Brünn, 19 und 20.10: Konzerte. — London, 22: Konzert. — Paris, 21.30: Konzert. — Berlin, 20: „Lucia von Lammermoor“. — Stuttgart, 20: Kammermusik. — Leipzig, 20.15: Konzert. — Breslau, 20.16: Symphoniekonzert. — München, 19: „Orpheus und Eurydike“. — Frankfurt, 20.15: Zeitgen. Russl.

den deutschen Gemeinden Schwierigkeiten machen, denn sie können Uebersetzungen ablehnen, wenn sie finden, daß die Uebersetzung der Eingabe in der Gemeinde keine Unmöglichkeit ist. Die Bestimmung über die Möglichkeit oder Unmöglichkeit bleibt dem freien Ermessen der politischen Behörden überlassen. Ein Angehöriger der tschechoslowakischen Sprache kann die Erledigung seiner Eingabe, wenn sie in einer Minderheitsprache erfolgte, der politischen Behörde senden, damit diese die Erledigung der Uebersetzung in die Staatssprache besorge.

Unterläßt eine Gemeindevertretung Vorkehrungen, welche durch die Sprachenverordnung angeordnet sind, so kann die Staatsverwaltung auf Kosten der Gemeinde Abhilfe schaffen. Die politische Aufsichtsbehörde hat die Verpflichtung, die Ausführung von Beschlüssen, welche der Sprachenverordnung zuwiderlaufen, zu verhindern und eventuell die Gemeindevertretung aufzulösen. Durch diese Bestimmungen werden den Gemeinden neue finanzielle Lasten aufgebürdet, während auf der anderen Seite der Gesetzentwurf über die Regelung der Finanzwirtschaft der Selbstverwaltungsverbände die Gemeinden zum Kobah des Personales zwingt. Und diese Belastung wird auch für jene Gemeinden angeordnet, in denen keine tschechoslowakischen wohnen und weder ein Bedürfnis noch eine ernste Begründung hierfür vorhanden ist. Da sich die Gemeindeanstalten und Unternehmungen nach dem für die Gemeinden geltenden sprachlichen Verordnungen zu richten haben, so entsteht auch für sie eine erhebliche finanzielle Mehrbelastung und Erschwerung des technisch-administrativen Apparates.)

Die Regierung überschreitet mit der Durchführungsverordnung die ihr im Sprachengesetz erteilte Ermächtigung in mehreren Fällen. Dadurch wird der Paragraph 55 der Verfassungsurkunde verletzt, nach welchem Verordnungen nur zur Durchführung eines bestimmten Gesetzes und nur in seinen Grenzen erlassen werden können. So können in Städten mit eigenem Statut und in Städten, die den Vorschriften über Städte mit eigenem Statut unterworfen sind, die Funktionen des Bürgermeisters und seiner Stellvertreter nur Personen bekleiden, welche die tschechoslowakische Sprache in Wort und Schrift vollkommen beherrschen. Diese Bestimmung ändert die Bestimmungen über die Wählbarkeit der Staatsbürger als Mitglieder öffentlicher Verwaltungskörperschaften ab.

Mit der Sprachenverordnung hat sich die Regierung der tschechoslowakischen Republik ein sehr schlechtes Denkmal gesetzt. Sie hat die Staatsbürger in zwei Kategorien geteilt: In die Herrschaft und in die Minderheiten. Sie hat die Autonomie und Selbstbestimmung der Gemeinden neuerdings eingeschränkt und ihre Finanzgebarung schwer belastet. Anstatt nach gerechten demokratischen Grundsätzen vorzugehen und die Bürger des Staates sowie ihre Einrichtungen gleichmäßig zu behandeln, hat sie dem Unrecht gesetzliche Geltung verschafft und einen neuerlichen Beweis dafür geliefert, daß die tschechoslowakische Republik weit davon entfernt ist, ein Rechtsstaat zu sein. Anstatt aus dem Geiste Amos Comenius, ist die Sprachenverordnung geboren aus dem nationalistischen Geist der Herrschaft über die Bürger der Republik, welche eine andere Sprache sprechen. In diesen Bürgern sieht die tschechoslowakische Republik Feinde, welche niedergehalten werden müssen. Und die Sprachenverordnung ist ein Hohn auf den Grundsatz, welcher in den Schulen der Republik als ein Bestandteil der Bürgerkunde gelehrt wird: „Die Staatsbürger genießen die volle Gleichheit vor dem Gesetze, ohne Unterschied, welcher Rasse, Sprache oder Religion jemand angehört“.

Die österreichischen Christlichsozialen und die Jährlcher.

Wien, 18. Feber. (Eigenbericht.) In der heutigen Sitzung des Nationalrates brachten die Sozialdemokraten eine dringliche Anfrage an die Bundesregierung über die Fälligkeit der tschechischen Banknoten ein, die nach den Angaben des Grafen Weissen im Jahre 1921 in dem Ort Weiskendorf bei Graz unter dem Schutze des österreichischen Landeshauptmanns Rintelen und der österreichischen Gendarmerie stattgefunden haben soll. In der Anfrage wird die Regierung gefragt, ob ihr die Aussagen Weissen bekannt seien und warum seinerzeit das Verfahren gegen die Fälscher durch den Justizminister niederge schlagen wurde. Die dringliche Anfrage wurde von Dr. Eisler ausführlich begründet, der dargelegt, daß die ungarische Gegenrevolution in Steiermark ihre Waffen- und Übungsplätze hatte. Der Bundeskanzler gab eine sehr verlegene Antwort, in der er sich auf die bisherigen — vollständig ungenügenden — Auskünfte berief. Die Sozialdemokraten beantragten hierauf die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses und die Unterdrückung der auf den Fälschungen angelegten Steuern. Die Mehrheit lehnte die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ab.

Tages-Neuigkeiten.

Aus dem ärmsten Böhmerwald.

Als Illustration zu der in unserer Parteipresse erschienenen Aufsatzreihe diene der folgende Wortlaut eines Aufsuchens, das vom Gemeindeamte in Pisch an die Bezirksjugendfürsorge in Sostau ergangen ist:

„Vom hiesigen Gemeindeamt wird der Bezirksjugendfürsorge des Bezirkes Postan bekanntgegeben, daß die Familie Pisch aus Wenzelsdorf infolge Arbeitslosigkeit direkt zugrunde gehen muß, wenn nicht irgendwo Hilfe geschaffen wird.“

Die Gemeinde selbst ist von den Armen so belastet, daß sie dieser Familie keine größeren Unterstützung gewähren kann. Die Eheleute Franz und Margareta Pisch haben 9 kleine Kinder, und zwar Mag. geb. 1911, Franziska 1913, Adolf 1915, Josef 1916, Friedrich 1918, Anton 1920, Ernst 1922, Benzl 1924 und Thomas Georg 1925. Außerdem haben die Eheleute noch einen Sohn, der 18 Jahre alt ist und keine Arbeit hat.

Drei der Kleinen können nicht einmal laufen, weil sie vollständig unterernährt sind. Der Mann ist darmleidend, und die Mutter stark berzranzt. Die Leute haben wohl ein kleines Holzhäuschen, doch keinen Raum für diese vielen Kinder. Dringende Abhilfe wäre hier geboten und aus diesem Anlaß bittet die Gemeinde um eine Unterstützung für diese Familie.

Prag, am 5. Februar 1926.

Wir hoffen, daß dieses Dokument dazu beitragen wird, die maßgebenden Behörden zur Beschleunigung der geforderten Hilfsaktion zu veranlassen. Weiterens wurden bereits bei der Landeskommission für Kinderbeschäftigung und Jugendfürsorge Schritte eingeleitet, um sie zur Beteiligung an der Hilfsaktion zu gewinnen. Es wurde unseren Vertretern bereits zugesagt, daß durch die Landeskommission in kürzester Frist für die Arbeitslosen-kinder des ganzen Notstandsgebietes eine Ausweisung organisiert wird.

Jetzt ist es an dem Ministerium für soziale Fürsorge, seine Pflicht zu tun.

In dem sonnigen Schlusssatz ist ein Druckfehler unterlaufen. Die von uns veröffentlichten photographischen Aufnahmen stammen vom Eisenbahnersektar Genossen Greul.

Christlich-gewerkschaftliche Hilfe für Fememörder!

Das Polizeipräsidium von Berlin stellte vor kurzem fest, daß ein Sekretär des christlichen Landarbeiter-Verbandes in Deutschland an den Syndikus der Vereinigung der Deutschen Arbeiterverbände, Herrn von Jengen, um ein Darlehen zur Unterstützung zur Zahlung des Fememörders, Oberleutnant von Schulz, sich gewandt hatte. Das Gesuch wurde zunächst abgelehnt, im Juni aber erneuert, worauf dann ein Darlehen von 5000 M., das sich 40.000 Kronen, unter dem Vernehmen zur Durchführung einer Kartoffelversorgung, rückzahlbar Ende August auszahlt und für den inhaberhaften v. Schulz verwendet wurde. Die Unternehmervereinigung schrieb inzwischen den Betrag bis auf eine Mark ab.

Wie würde diese christliche Gesellschaft aufschreien, wenn man eine solche Handlungsweise jemals einem Gewerkschaftsangehörigen nachweisen könnte? Nicht nur, daß man Geld von Industriellen nimmt, man verwendet das Geld für einen Mörder!

So werden Christentum, Arbeiterinteressen und Moral bei den Christlichsozialen und ihren Gewerkschaften gewahrt!

Das dritte Opfer von Schönpreisen gestorben. Gestern vormittags um viertel 9 Uhr ist die dritte Tochter der Familie Budst in Krankenhaus ihren schweren Verletzungen erlegen. Dienstag abends trat eine plötzliche Verschlechterung ein, nachdem sie den ganzen Tag bei vollem Bewußtsein war und auch ihrem Vater Einzelheiten aus der schrecklichen Nacht erzählte. — Die Mutter des Horejsi liegt immer noch schwer krank darnieder.

Ein Raubmord in der Umgebung von Brünn. In Eibensitz bei Brünn wurde die 74jährige Konzipientenwaise Franziska Petrzekla in ihrer Wohnung ermordet aufgefunden. Wie durch die Erhebungen festgestellt wurde, hatte die alte Frau vorgestern einen Männerbesuch in ihrer Wohnung, der sich dort die ganze Nacht aufhielt und morgens mit der Eisenbahn nach Brünn abreiste. Das Verbrechen wurde von der Bedienerin der Ermordeten entdeckt, die Verdacht schöpfte, als ihr auf wiederholtes Poehen nicht geantwortet wurde. Die Wohnung wurde gewaltsam geöffnet, und die alte Frau tot aufgefunden. Es wird vermutet, daß ein Raubmord vorliegt. Der Täter hatte es offenbar auf das Geld der Ermordeten, die als reich galt, abgesehen. Die Polizei glaubt, den Tätern auf der Spur zu sein.

Die Folgen der Sprachverordnung machen sich auch in Prag bemerkbar. Der Zentralverband der Angestellten hat bisher keine Versammlungen immer deutsch angemeldet. Die Ankündigung seiner demnächst stattfindenden Generalversammlung wurde mit einem großen tschechischen Begleitschreiben zurückgeschickt. Man sehr einen Polizeibeamten, eine Schreibrast und einen Boten, der zweimal den verantwortlichen Absender des Schreibens in dessen Wohnung aufsuchte, in Bewegung, um noch ausführlicher Be-

gründung („Im Prager Gerichtsbezirk ist nach der letzten Volkszählung —“) die Eingabe tschechisch zu verlangen. Ob sich weitere Komplikationen ergeben werden, ist in diesem einen Fall noch nicht abzusehen. Der Amtschimmel geht auf jeden Fall herrlichen Zeiten entgegen.

Die Kriegsschädigten fordern die Novellierung ihres Versorgungsgesetzes. Am 14. Februar l. J. tagte eine erweiterte Sitzung des Bundesvorstandes des Bundes der Kriegsschädigten, Witwen- und Waisen der Tschechoslowakischen Republik mit dem Eise in Reichenberg, in welcher eingehend die Forderungen der Kriegsschädigten auf Novellierung des Versorgungsgesetzes besprochen und auch die diesbezüglichen Beschlüsse gefaßt wurden. Wie nach der Stimmung in dieser Sitzung geschlossen werden kann, wird der Bund der Kriegsschädigten mit allen gesetzlich zulässigen Mitteln eine Novellierung zu erwirken trachten, weil die Lage der Kriegsschädigten, insbesondere der im Auslande lebenden tschechoslowakischen Kriegsschädigten, eine tröstlose ist.

Spendenausschuss für die armen Böhmerwälder auf Grund der in der Parteipresse erschienenen Artikel: von Direktor Bohmar-Bodenbach 150 K, dem Wamme in Poosdorf mit vier kleinen Kindern (Artik. v. 13. d. M.) von Wondrejz-Paida 50 K, eingelangt in der Administration des „Nothb. Volkshilfe“.

Von der Aristokratie zur Sozialistin. Eine der hervorragendsten Mitglieder der Labour Party in England ist Margery Fry, die Tochter des verstorbenen Sir Edward Fry. Schon mehrfach sollte sie als Kandidatin für das Parlament aufgestellt werden. Bisher ist sie ehrenamtlich als Sekretärin des Howard-Bundes für Strafrechtsreform tätig gewesen und hat sich dabei öffentlich sehr eifrig hervorgetan. Auch jetzt, nachdem sie eine Stellsung am Somerville College der Universität Oxford angetreten hat, verbleibt sie im Komitee des Bundes, muß jedoch vorläufig, mit Rücksicht auf ihre Universitätsstellung, der parlamentarischen Laufbahn fernbleiben. Ihre beiden Schwestern haben sich gleichfalls in den letzten Jahren durch gemeinnützige Arbeit ausgezeichnet. Die älteste von ihnen, Dr. Joan Mary Fry, hat zu einer kleinen Gruppe von Quäkern gehört, die gleich nach dem Waffenstillstand, sobald die Alliierten es gestatteten, nach Deutschland kamen, um der notleidenden Bevölkerung Hilfe zu bringen und die sich durch ihre unopfernde Arbeit den größten Dank verdient haben.

Mexiko befreit sich aus Pfaffenhänden. In Mexiko trat kürzlich ein neuer Verfassungsartikel in Kraft, wonach alle Priester mexikanischer Abkunft sein müssen. Die Behörden haben die Klöster in der Stadt Mexiko gesperrt, desgleichen das Kolleg Copacacana. Sämtliche Priester werden deportiert werden. Gegen die Nonnen wird jedoch in anderer Weise vorgegangen werden. Es wurden zwar 12 Nonnen eines Klosters in der Stadt Mexiko verhaftet, doch trifft dies bei den Nonnen anderer Kloster nicht zu. Eine größere Anzahl von Nonnen ist in die spanische Gefangenschaft geschickt, wo ihnen der spanische Botschafter Schritte einzuleiten, daß sie abreisen könnten, ohne ausgewiesen zu sein.

Die Ortsgruppen Rastau des „im alten Deutschen Reich unmittelbaren Reichsadels“, nämlich die Herren Graf von Ely, Graf von Jangelheim, Graf von Walderdorff ferner der Freiherr von Ritter zu Grönelstein und der Freiherr von Preusschen, haben den preussischen Staatsfiskus unter Berufung auf die Wiener Bundesakte von 1815 auf die Anerkennung der „Autonomie“ ihrer Güter und das „Besitzungsrecht“ ihrer Familienangehörigen hin verklagt. Sie legten ein Gutachten des Generaldirektors der bayerischen Staatsarchive und des „Reichsverbandes deutscher Fideikommissarväter“ vor. Weider hat der Staatsgerichtshof die Gesuchsteller nicht kurzerhand herausgeworfen und ihnen gesagt: „Mit dem vermittelten und verzögerten Pfänder geben wir uns nicht mehr ab“, sondern die „Bundesakte von 1815“ mit allen Konferenzprotokollen, Besprechungsakten und Beschlüssen durchgearbeitet und nach monatelanger Mühe die Aufweisung der Gesuchsteller verfügt. Es ist wirklich zum Staunen, was man heutzutage einem republikanischen Staatsgerichtshof zu bieten wagt.

Wieder deutscher Unterricht an amerikanischen höheren Schulen. Unser Milwaukeeer Bruderbrüder weiß aus New York zu berichten: Der Unterricht in der deutschen Sprache scheint wieder in unserm Schulwesen den ihm gebührenden Platz eingeräumt zu bekommen. Zum erstenmal seit Ausbruch des Weltkrieges sind von der Prüfungskommission der Schulbehörde Kandidaten für Anstellung als Lehrer der deutschen Sprache in unteren städtischen Mittelschulen (High Schools) geprüft worden. Es ist bekannt, daß durch die Kriegsverhinderung der Unterricht in der deutschen Sprache in unseren städtischen Mittelschulen fast ganz ausgeschaltet werden mußte, da nur wenige Schüler an dem deutschen Unterricht sich zu beteiligen wünschten, und viele Lehrer, welche deutsch unterrichteten, infolge dessen ihre Stellung verloren. Die Einsicht in die pädagogische Aburteilung der Verfeinerung des Deutschen und das allmähliche Schwimmen der Kriegskämpfungen haben inzwischen zusammengewirkt, um diesen lächerlichen Zustand zu beenden. Die Schul-Registrierungsjahre vom Oktober dieses Jahres geben Auskunft über 5808 Schüler und Schülerinnen in den deutschen Klassen der High Schools. Von dieser Anzahl entfielen 2062 auf das erste, 1279 auf das zweite und 1223 auf das dritte Semester. Hieraus ergibt sich schon, wie jungen Tunes das wiederwachsende Interesse für die deutsche Sprache als Unterrichtsfach in städtischen Schulwesen noch ist. Es ist ein Gohu auf die ver-

gleichzeitige Wichtigkeit der lebenden oder toten Fremdsprachen, daß selbst jetzt noch das Deutsche weitaus von Französischen, Spanischen und Lateinischen überflügelt wird, nehmen doch zur Zeit 35.000 Mittelschuljünglinge französisch, 27.646 lateinisch, 30.209 spanisch Sprachunterricht! Nebenbei wäre ein solches Ziffernverhältnis unbedenklich, wenn wenigstens die deutschen Eltern einsichtig genug wären, ihre Kinder in größerer Zahl in den deutschen Unterricht zu schicken oder die heranwachsende Jugend bei der Wahl der Studienfächer in einem vernünftigen Sinne zu beeinflussen. Es waren 87 Männer und Frauen, die sich der Prüfung für das Lehramt in der deutschen Sprache und Literatur unterzogen.

Friedrich Wilhelm, Prinz zu Lippe, ist der einzige der deutschen Fürsten, der es wagt, höchstselber Artikel zu schreiben und in der Sache der Fürstenabfindung das Kind beim Namen zu nennen. Er schreibt in einem Provinzialblatt unter dem Titel: „Fürstentum, Heiteres und Ernstes“: „Nicht um den Besitz an sich — um seinen Geldwert — geht es für uns. Wir haben vielmehr die Pflicht, darum zu kämpfen, daß dieser Besitz dem deutschen Volke erhalten bleibt, als Rekrutationspunkt zur Wiederaufrichtung der von Internationalisten aller Schattierungen bis zur Unendlichkeit verstümmelten deutschen, nordischen Kultur.“ Die „Wiederaufrichtung“ (der Monarchie) ist also nach der Meinung des kleinsten der Bundesfürsten der höhere Zweck des „Fürstentums“. Es ist im übrigen schwer, den Erguß des Prinzen zu Lippe zum „Heiteren“ oder zum „Ernstigen“ zu rechnen. Kinder und Narren folgen allerdings die Wahrheit!

Ein echtes deutsches Klassenjustizurteil lesen wir in der Breslauer „Volkswacht“: Der 29jährige Schweizer Silvester Jazemba wurde am 26. Dezember vorigen Jahres mit einer gefälligen Fahrkarte im Zuge nach Beuthen O. S. angehalten. Kurz vor Breslau wurden die Fahrkarten der Reisenden revidiert und da wies J. eine Karte vor, auf der zunächst nichts zu erkennen war, denn sie war vollständig mit Schmutz bedeckt. Man sah sich die Fahrkarte etwas genauer an, reinigte sie und fand nun, daß auf ihr raubiert und geschrieben worden war. Die Karte war in Glogau für 70 Pf. gelöst worden bis zur nächsten Station; da aber J. bis Beuthen wollte, hatte er entsprechende Veränderungen auf der Karte vorgenommen. Da dies eine schwere Straftat ist, die früher vom Schwurgericht gefaßt wurde, nahm man J. in Breslau in Haft. J. kam aus dem Rheinlande und wollte nach Oberschlesien. Doch unterwegs ging ihm das Geld aus, und da glaubte er sich auf die angeführte Art helfen zu können. So stand J. nun unter Anklage der schweren Urkundenfälschung in Tateinheit mit Betrug vor dem Großen erweiterten Schöffengericht. Weil er noch völlig unbestraft ist, wurden ihm mildernde Umstände zugebilligt, sonst wäre er ins Zuchthaus gekommen. Das Urteil lautete auf sechs Monate Gefängnis, von denen ein Monat durch die Untersuchungshaft für verhaftet angesehen wurde.

Der Mörder Mohapels zu 12 Jahren schweren Kerkers verurteilt. Gestern fällten die Wiener Geschworenen in dem Prozeß gegen den Mörder des 21jährigen Kohlenhändlerssohnes Mohapel, Franz Seidl, den Schuldspruch. Seidl wurde mit 8 gegen 4 Stimmen des Mordes und einseitig des Versuches der Körperlichen Beschädigung eines Schutzmannes sowie des Hausfriedensbruches schuldig erklärt. Seidl wurde zu 12 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Der Flug London-Kapstadt glücklich beendet. Der englische Pflieger Cobham vollendete gestern seinen Flug London-Kairo-Kapstadt, den er am 16. November begonnen hatte, mit der Landung in Kapstadt, die um 6 Uhr 20 Minuten vor sich ging.

Adressenänderung. Der Verband der Bau- und Sparfassenbeamten in der Tschechoslowakischen Republik teilt mit, daß er ab 19. Februar l. J. seine neuen Sekretariatsräume in Prag I, Perstyn Nr. 11, Telefon Nr. 301-0-7 und 294-1-0 bezieht.

Einen Einbrecherfang haben in der Nacht vom Faschingsdienstag zum Aschermittwoch verschiedene Einbrecher in der Charlottenstraße in Berlin gefeiert. Sie drangen mit Dietrichen in eine Gastwirtschaft ein, brachen von dort durch eine Wand zu dem benachbarten Zigarrengeschäft und stahlen über die große Brute an Waren und Geldmitteln her. Sie ließen sich zunächst in der Restauration häuslich nieder und feierten auf ihre Art Fasching mit einer riesigen Schüssel Eisbren, einer großen Menge Wurstwaren, Schnaps und Likören. Nachdem sie den Inhalt der Ledonskaffe an sich genommen hatten, verschwanden sie.

Der Steuerentreiber von Batavia, namens Jaggin, hat seinem holländischen Mutterland einen äußerst erfolgreichen Besuch abgestattet. Jaggin war nach dem Haag gekommen, um von 600 Steuerzahlern, die seit 1921 nach Holland zurückgekehrt waren, 38.000 Gulden Steuergebelde einzutreiben, die sie der Gemeinde Batavia noch schuldeten. In fünfmonatiger Tätigkeit ist es ihm gelungen, 500 Steuerpflichtige aufzufahren und 38.000 Gulden einzufahren.

Der außerordentliche Schneefall in Rußland dauert immer noch an und hat zur Einstellung des Zugverkehrs auf dem großen Teil aller sowjetischen Bahnen geführt. Keine einzige Eisenbahnstrecke vermag den schneepflanzmähigen Verkehr noch aufrechtzuerhalten.

Durch Wirbelstürme sind auf Madagaskar 50 Personen getötet worden. Der Tornado traf in erster Linie die Dörfer an der Stelle, wo die Bahn aus dem Küstengebiet zum Fluß Mangoro

In jede Arbeiter- und Gemeindebücherei

gehört das Buch von Dr. Emil Strauß:

„Die Entstehung der deutsch-böhmischen Arbeiterbewegung.“

Erhältlich in allen Volksbuchhandlungen.

abliegt. In einer Tiefe von 40 Kilometer sind alle Urschichten und Gesteine verwirrt worden. Die Stadt Andovermonte ist nahezu zur Hälfte vernichtet. Von Andovermonte stehen nur noch sechs Häuser. Die ganze Umgebung der Stadt, alle Eingeborenenhöfe, Farmen und Fabriken sind in Trümmerhaufen verwandelt. 50 Menschen, durchwegs Eingeborene, sind durch den Wirbelsturm, und zwar durch den Aufbruch und die zusammenstürzenden Gebäude getötet worden.

Modestitut. Nachdem der Polizeipräsident den sogenannten „Hungerkünstlern“ das öffentliche Hungern verboten hat, ist das Hungern in der Hauptstadt Frankreich lediglich eine Beschäftigung der „Mannequins“ geworden. Die großen Pariser Schneider haben es ihren armen Probierdamen zur strengen Pflicht gemacht, kein Fleisch, kein Fett, keine Eier und kein Brot mehr zu genießen — alles wegen der Frühjahrsmode, die eine unerhörte Magerkeit zur Voraussetzung hat. Wie weit diese Hungerkompanie der Pariser Modenkünstler und Mannequins Erfolg haben wird, wird man in der kommenden Saison beobachten können. In weiten Kreisen der Pariser Damenwelt macht sich jedoch immer mehr der Geist einer stummen Revolte gegen die Hungerdiktatur der Modenkünstler bemerkbar, so daß mit einigen Wstichen der „Modelinie“ im kommenden Frühjahr zu rechnen ist.

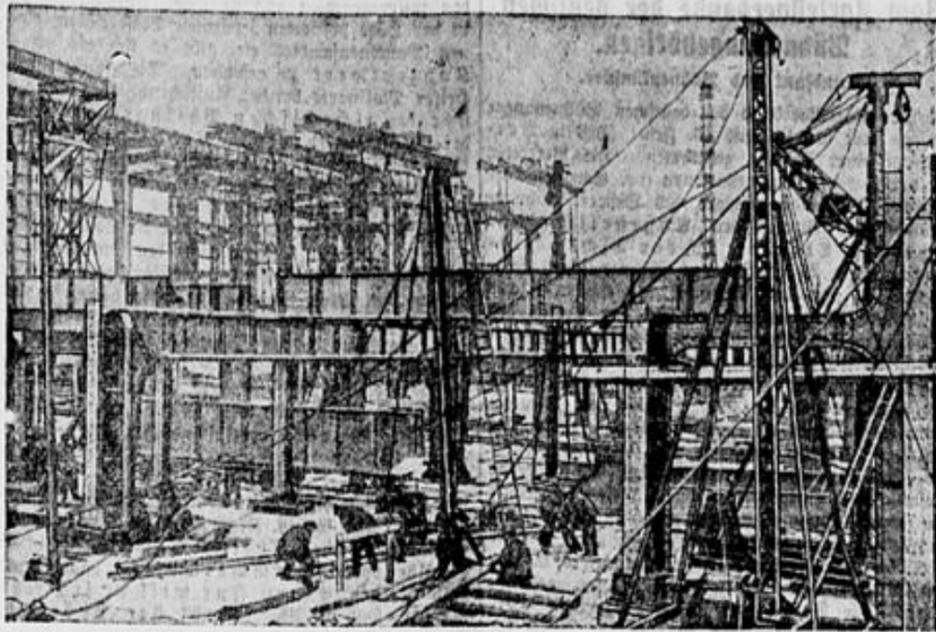
Luzurnmassengrab in Amerika. Im Chyreh-Griechhof in Brooklyn wurde eine Art Mausoleum, ein Koloss aus Granitblock und weichem Marmor in diesen Tagen zu Ende geführt. Eine Marmorhalle von vollendetem Luzus mit einer kleinen intimen Kirche umschließt ein riesiges Mausoleum, das erste große Luzus-Arnenmassengrab in New York. Große Zeitungsanzeigen verübten: „Hier kann sich auch ein Mann des Mittelstandes ein Familiengrab erwerben. Dies ist die erste Pflicht eines fürsorgenden Vaters...“ Weiter wird darauf hingewiesen, daß die „Genossenschaft“ das Mausoleum mit vorbildlicher Hingabe pflegen wird: „Überzeugen Sie sich selbst!“ Außer dem vorbildlichen Komfort und der sorgsamsten Bedienung, die das neue genossenschaftliche Unternehmen seinen Mitgliedern bieten will, fällt auch die Wirtschaftlichkeit des neuen Massengrabs ins Gewicht. Die Kosten eines derartigen „Begräbnisplatzes“ betragen weniger als etwa ein Fünftel des Preises eines Einzelgrabes im „Cypres-Hill“.

Ein hochgebildeter Schlichter hat sein Geschäft in der East Avenue in New York angekündigt, wo den Spaziergängern Bettel in die Hand gedrückt werden, auf denen steht: „Alle Hausfrauen werden gebeten, ihr Fleisch in diesem Laden zu kaufen. Außer den Waren, die zu billigen Preisen und in hygienischem Zustand geliefert werden, erhalten die Kunden jede gewünschte Aufklärung in jeder wissenschaftlichen, literarischen, künstlerischen und philosophischen Frage. Ferner hat jeder Kunde das Recht, mit dem Besitzer ein Gespräch über jedes beliebige Thema in jeder beliebigen Länge anzuknüpfen.“ Dieser neueste Reklametrikt New York hat einen riesigen Auslauf in der East Avenue zur Folge gehabt.

Autodafé in Spanien. Die vornehmsten Veranstaltungen der heiligen Inquisition waren bekanntlich die Autodafés, die „Handlungen des Glaubens“. Dem König und seinem Hof sowie der gaffenden Volksmenge wurde bei Glodengeläute das fromme Schauspiel der Verbrennung eines von der Inquisition verurteilten Ketzers oder lehrerlicher Schriften gegeben. Das ist schon einige Jahrhunderte her. Jetzt aber, am 3. Jänner 1926, unter der Regierung Alfons XIII. und der Diktatur Primo de Rivera, teilte das Radio der Bevölkerung von Madrid, Barcelona, Valencia und Granada mit, daß an diesem Tage in dem spanischen Städtchen Vallsa auf der Insel Mallorca ein feierliches Autodafé stattgefunden hat. Um 7 Uhr morgens begann von allen Kirchen Vallsa das Totengeläute. Um 9 Uhr trat eine Prozession aus der Kathedrale, bewegte sich durch die Straßen der Stadt zum „Konstitutionsplatz“, wo der Scheiterhaufen errichtet war. Um halb 11 Uhr trat der Bischof auf die Straße vor dem Scheiterhaufen, und während die Glocken der Stadt Vallsa einfelen, wurde eine Anzahl von lehrerlichen Büchern ins Feuer geworfen, darunter die Erzeugnisse des Gelehrten Unamuno, des Dichters Jbanes und des Schriftstellers Perez Galdos, der gefährlichsten Gegner der Diktatur und die Monarchie. Zum großen Bedauern der Anwesenden konnten die Männer selbst nicht nach guten alten Brauch verbrannt werden, Galdos, weil er seit drei Jahren tot ist, die beiden andern, weil sie in Frankreich ein Asyl gefunden haben.

Ein Marktwindler. In Eger wurde ein Mann aus Bayern verhaftet, der in einem Gasthause den Verkauf machte, mit einem alten unglücklichen 50-Mark-Schein seine Beute zu bezahlen. Nachdem in letzter Zeit bereits mehrere solche Fälle vorkamen, ist Vorkehr bei der Annahme von Markt-scheinen geboten.

Wie die deutschen Städte die amerikanische Millionenanleihe verwenden.



Die amerikanische Millionenanleihe der deutschen Städte soll nur für produktive Anlagen verwendet werden. Unser Bild zeigt das Großkraftwerk Rummelsburg bei Berlin, bei dessen Bau eine große Anzahl Arbeitsloser Beschäftigung findet.

Ein aussterbendes Volk. Vor einigen Tagen kehrte nach Leningrad die wissenschaftliche Expedition zurück, die sich nach Ostibirien zum Studium der Lage der eingeborenen Bevölkerung begeben hatte. Die berichtete grauenhafte Einsamkeit über die elenden Lebensbedingungen der ostibirischen Bevölkerung, deren Lage besonders im Gebiete von Jakutsk katastrophal sei. Die Jakuten leben unter den erbärmlichsten Ernährungsbedingungen und leiden an den schrecklichsten Krankheiten. Fast sämtliche Frauen der Jakuten seien tuberkulös, und die meisten Säuglinge sterben, weil ihre Mütter ihnen nicht die Brust geben können. Ungeheuer groß sei die Zahl der Blinden, und Halbblinde gehören zu den alltäglichen Erscheinungen. Auch das Vieh leide an Tuberkulose und anderen Krankheiten. Da die Lage im Gouvernement von Jakutsk sich von Tag zu Tag verschlechtere, so müsse man, falls nicht Abhilfemaßnahmen getroffen werden, in diesen Gegenden mit dem Aussterben der Jakuten rechnen.

Der größte Straßenbahnhof Europas wird demnächst in Berlin, Ecke Müllerstraße und Londonerstraße, auf einem Gelände von über 55.000 Quadratmetern errichtet werden. Die Anlage wird 320 Straßenbahnwagen Raum bieten, 27 Gleise in der Innenhalle und einen Rangierbahnhof um den eigentlichen Gebäudekomplex enthalten. Umrahmt wird der Straßenbahnhof von einem Wohnviertel mit etwa 260 Wohnungen.

Die staatsgefährliche Kopfschmuggel. Wie streng das Verbot der alten Kopfschmuggel in der neuen Türkei (der sogenannte Fez) gehandhabt wird, zeigt ein Prozeß gegen eine Anzahl von Einwohnern des Ortes Marasch, über den türkische Blätter berichten. Nach den Nachrichten, die über die unter Aufsicht der Öffentlichkeit geführte Verhandlung bekannt wurden, bildete sich in Marasch gegen das Gesetz, welches das Tragen von Hüten verbietet, eine beträchtliche Bewegung, die in der Abhaltung einer Protestversammlung in der Hauptmoschee des Ortes gipfelte. Das Gutsgesetz wurde für gottlos erklärt; man gelobte sich, keine Hüte zu tragen und ließ sich zu feindseligen und drohenden Bemerkungen gegen die Regierung hinreißen. Jene, welche Gewalttätigkeiten scheinen aber nicht vorgenommen zu sein. Trotzdem wurde eine Anzahl von Personen verhaftet und vor das Gericht in Angora gestellt. Der Prozeß endete nach fünfjähriger Verhandlung mit der Verurteilung von 22 Personen wegen Aufruhrs, von denen sieben zum Tode, sieben zu 15 Jahren und sieben zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt wurden. Unter den Verurteilten befand sich auch der frühere Abgeordnete für Marasch, Hassan Hassib Bey, der 10 Jahre Gefängnis erhielt, sowie der Prediger der Moschee von Marasch und ein Muezzin, einer der Gebetsrufer, die zum Tode verurteilt wurden.

Lichtbildervortrag: Die Hohe Tatra: am 24. d. M. um halb 8 Uhr abends in der Prager deutschen Technik, Husova třída. Der Vortragende Herr Oberl. Jarosch aus Altdorf, der das Gebirge aus eigener Anschauung kennt, führt uns an Hand von 80 herrlichen Naturaufnahmen noch einem kurzen geologischen Rückblick die Naturschönheiten dieses wildgerasteten Hochgebirges vor. Wir bewundern die malerisch schönen Meerseen, sehen die reizenden Badoerte, lernen den Uhrgarten mit seiner Tierwelt kennen, machen Ausflüge in die Dobšchaner Eishöhlen u. zum Dunajské brázdo, sehen die Hohe Tatra in ihrer Winterpracht und machen auch Bekanntschaft mit den Bewohnern, namentlich mit den Gipfel Deutschen. Veranstalter: Touristenverein „Die Naturfreunde“, Prag.

Wetterbericht vom 18. Feber. Während im Westen der Republik die Zufuhr milder Luft bei veränderlichem Wetter anhält, war es Mittwoch westlich der March vorwiegend trüb, regnerisch und kühl. Die Nachmittagstemperaturen erhoben sich in Mlilow auf plus 11, Prag und Budweis auf plus 10 Grad, dagegen in Brünn nur auf plus 5, Prahburg plus 3 und Rastchau auf plus 2 Grad Celsius. In

der Nacht auf Donnerstag ist eine weitere Verschlechterung des Wetters eingetreten. Der Südwestwind hat Sturmstärke angenommen; in den ersten Vormittagstunden hatten in Prag einzelne Windstöße 16, in 1000 Meter Höhe 30 Sekunden-Meter-Geschwindigkeit erreicht. Vielfach fällt Regen. Um 8 Uhr früh hatten das Moldau- und das Elbe-tal bereits plus 8 Grad C., die Ostslowakei dagegen 0 Grad C. — Wahrscheinliches Wetter von Freitag: Veränderlich, Schauer, früher bis starker Wind aus nordwestlicher Richtung, schwache Abkühlung.

Volkswirtschaft.

Lohn- und Streikbewegung in der Textilindustrie 1925.

Die „Union der Textilarbeiter“ (Reichenberg), die führende und stärkste Organisation in der Textilindustrie veröffentlichte neben ihrem Bericht über das Jahr 1925, das, wie man dem Bericht entnimmt, ein Kampfsjahr war. Wir bringen aus dieser Jahresrückschau einige Angaben, die allgemeinen Interesse beanspruchen.

Nachdem zu Beginn des Jahres 1925 eine halbwegs gute Konjunktur vorherrschend war und die eingeleitete Teuerungswelle des Jahres 1924 anhält, wurden gleich zu Beginn des Jahres Angriffsbewegungen um eine entsprechende Lohnerhöhung organisiert. Die Unternehmer versuchten, einmalige Zuschüsse in Form von Stundenlöhnen zu bewilligen und glaubten, daß durch diese einmaligen Zuschüsse sich die Arbeiterschaft zufrieden geben wird. Nachdem die Teuerung nicht nachließ, versuchte die Union der Textilarbeiter womöglich unbefristete, dauernde Lohnerhöhungen zu erzielen. Dies gelang bereits am 6. Jänner 1925 bei Abschluß des Wirbwarenstreiks für das ganze Gebiet Niederland. Dort wurde das erste-

mal eine 6%ige unbefristete Lohnerhöhung in Form einer Hellerzulage für etwa 17.000 Beschäftigte durchgeführt und abgeschlossen. Am 8. Feber 1925 gelang es, für den Reichsverband der Seidenindustrie für etwa 11.000 Beschäftigte nach zweitägigen zähen Verhandlungen eine dauernde Lohnerhöhung von 8% auf die bestehenden Stunden- und Akkordlöhne zu erreichen. Nachdem die im letzten Quartal 1924 mit einmaligen Zuschüssen abgeschlossenen Verträge alle im April abliefen und diese Verträge mit den einmaligen Zuschüssen nur befristet abgeschlossen worden waren, wurden in allen diesen Vertragsgebieten Lohnbewegungen eingeleitet. Es gelang hierauf, dauernde Hellerzulagen in der Höhe von 7% für die Gebiete Reichenberg, Friedland und Asch für etwa 42.000 Beschäftigte abzuschließen. Für Reichenberg und Friedland war diese Hellerzulage bis Ende September befristet, während für Asch der Vertrag unbefristet abgeschlossen werden konnte. Für das Flachspinneregebiet mit 10.000 Beschäftigten Ostböhmens konnte eine dauernde, unbefristete Lohnerhöhung von 10%, für Braunau und Hohenelbe mit 12.000 Beschäftigten eine solche von 8% abgeschlossen werden. Für Oberleutensdorf wurde eine Erhöhung der Teuerungszulage von 7% erreicht. In den übrigen Organisationsgebieten der Union der Textilarbeiter gelang es nicht, dauernde Zulagen abzuschließen, sondern es wurden nur einmalige Zuschüsse in Form von Stundenlöhnen erreicht. Besonders waren es die mährischen und schlesischen Unternehmer, welche teils jede Lohnerhöhung ablehnten und andernteils nur einmalige Zuschüsse gewährten.

Im Monat September mußten auf Grund der befristeten Teuerungszulagen neuerdings Lohnbewegungen eingeleitet werden und es gelang, für das gesamte Gebiet Niederland, Reichenberg und Friedland die bestehende siebenprozentige Hellerzulage auf neun Prozent zu erhöhen. Allerdings war dies nur durch den Streik, respektive die Aussperrung des niederländischen Gebietes möglich. Für das Ascher Vertragsgebiet wurde der Vertrag mit November gekündigt, aber es gelang bis zum Jahresabschluss nicht, den Vertrag zu erneuern, weil

die Unternehmer nur die bestehende Hellerzulage verlängern wollten.

Angriffsbewegungen ohne Streik.

In dem Berichtsjahr 1925 wurden in den Sekretariatsgebieten der Union der Textilarbeiter nicht weniger als 85 Angriffsbewegungen organisiert, welche sich auf 813 Betriebe mit 143.720 Arbeitern erstreckten. Davon waren 47 Betriebsbewegungen und 38 Gruppenbewegungen, welche sich über 9 neue Vertragsgebiete erstreckten. Von diesen 85 Angriffsbewegungen verliefen zwei mit vollem, 80 mit teilweisem und nur drei ohne Erfolg. Diese Angriffsbewegungen brachten eine Lohnerhöhung von etwa 36 Millionen Kronen jährlich. Außerdem wurden annähernd sieben Millionen Kronen als einmalige Zuschüsse erreicht. Es konnten 81 neue Lohnverträge abgeschlossen oder verlängert werden. Bei diesen Angriffsbewegungen trat die Union der Textilarbeiter als stärkste Organisation überall führend auf, und mit der Unterstützung der Union war es möglich, diese Abschlüsse zu vollziehen.

Angriffsbewegungen mit Streiks.

Im Jahre 1925 waren zehn Angriffsbewegungen mit Streik zu verzeichnen, an welchen 16.218 Arbeiter in 97 Betrieben beteiligt waren. Diese Angriffsbewegungen mit Streik brachten der Arbeiterschaft eine jährliche Lohnerhöhung von 2.498.006 Kronen. Mit Ausnahme des niederländischen Stammes waren die Angriffsbewegungen mit Streik entweder von kurzer Dauer oder sie erstreckten sich auf kleinere Betriebe. Bei diesen Angriffsbewegungen mit Streiks waren 487.958 Streiktage aller Streikenden zu verzeichnen.

Abwehrbewegungen mit und ohne Streiks.

Im Jahre 1925 waren nur fünf Abwehrbewegungen zu verzeichnen, welche sich auf 34 Betriebe mit 11.319 Arbeitern erstreckten. Diese Abwehrbewegungen wurden nur in zwei Fällen wegen Lohnerabsetzung geführt, und zwar kam hier die bekannte Firma Schiel in Römerstadt in Betracht, welche die Löhnerabsetzung herabsetzen wollte und der zweite Betrieb war die Firma: Ettl in Proßlau, welche ebenfalls Löhnerabsetzungen durchzuführen beabsichtigte. Die übrigen drei Bewegungen betrafen in zwei Fällen die Verschlechterung der Rahmenverträge und in einem Fall die Entlassung eines Vertrauensmannes. Diese fünf Abwehrbewegungen konnten alle mit einem teilweisen Erfolg beendet werden. Bei diesen Abwehrbewegungen betragen die Gesamtstreiktage 33.496. Im Jahre 1925 versuchten nur einzelne Unternehmer, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern.

Ausperrungen.

Im Berichtsjahr 1925 war die Aussperrung bei der Firma Schiel in Römerstadt zu verzeichnen, welche die Löhnerabsetzung der Weber herabsetzen wollte. Der Konflikt konnte durch ein Kompromiß beigelegt werden. Die zweite Aussperrung betraf das Niederland. Die Unternehmer kündigten die gesamte Arbeiterschaft 14tägig und die Aussperrung sollte am 20. Oktober in Kraft treten. Mittlerweile hatten die gegnerischen Organisationen in verschiedenen Gebieten, soweit es ihnen gelang, den Streik organisiert. Nur das Wirbwarengebiet hielt sich an die Beschlüsse der Union der Textilarbeiter vom 5. Oktober 1925 und wartete ruhig die Aussperrung ab, welche am 20. Oktober erfolgte. Durch diese Taktik der Wirbwarenarbeiter haben sie sich den vollen gesetzlichen Urlaub gesichert, während die Arbeiter in den bestreikten Betrieben den halben gesetzlichen Urlaub für das Jahr 1926 verloren haben. Diese Aussperrung, verbunden mit dem Streik der übrigen Gebiete im Niederland, wurde dann mit einer geringen Lohnerhöhung von ein Prozent beendet, weil die Unternehmer schon vor dem ausgebrochenen Kampf zwei Prozent angeboten hatten.

Ein Bombenerfolg.

Aus den Erinnerungen eines Feldgrauen.

Als Angehöriger des ehemaligen I. u. I. Infanterie-Regimentes Nr. 42 erhielt ich im Jahre 1918 einen 14tägigen Urlaub nach Schilach im badiſchen Schwarzwald, von wo ich im Frühjahr 1915 nach Theresienstadt eingezogen war, um während des Krieges bis zum Zusammenbruch an der russischen Front und in Albanien die Freuden und Leiden eines Grenadiers mitzuerleben. Nach einer fast einwöchigen Reise mit Schiff, Schwabe- und Eisenbahn, traf ich endlich bei Nacht und Nebel in dem kleinen Schwarzwaldstädtchen ein, wo ich vor meiner Einrückung als Webmeister in einer Tuchweberei beschäftigt war, und pochte meine Angehörigen aus dem Schlafe. Als die Widerspruchsrede abgeebbt war, fiel ich todmüde ins Bett und ruhte vierundzwanzig Stunden auf meinen erzwungenen „Lorbeer“ aus.

Nach der unvermeidlichen Urlaubermeldung und der damit verbundenen Empfangnahme der so notwendigen „Lebensmittelfarten“, machte ich einen Rundgang bei meinen Freunden und Bekannten und gewahrte dabei an den großen Bekanntmachungsstafeln riesige Plakate, die zu einer Versammlung im „Schwarzwaldhotel“ einluden. Ich erfuhr aus dem Wortlaut der Zettel, daß diese Einladung das „Durchhalten“ bezweckte, und ich machte mich mit einigen reichsdeutschen Urlaubern auf den Weg zum Versammlungsort. Es war zur Zeit der „Wilsonianen“ und die sogenannte Vaterlandspartei hatte sich einen vom Vorstand aus Berlin verschrieben, damit dieser in das süddeutsche Provinzialstädtchen komme, um mit

seinem Germanenbart im mächtigen Erbsäbierbag zu den Leuten zu reden. Es galt, für das „Durch- und Maulhalten“ Stimmung zu machen. Schon vor Beginn der Versammlung witterte der Referent gegen Wilson und seine „vierzehn Punkte“, indem er erklärte, einen solchen Frieden könne ein kraftvolles Volk niemals annehmen. Er fuhr mit der Hand unter den Bart, hob die ganze Fierde mit schwingvollem Griff in die Höhe, ließ sie wieder fallen und ging zur Tribüne, wo er eine Stunde lang eine flammende Rede hielt, die zum Entscheidungstapf durch die Waffen bis zum Ende aufrief und in der unmaßliche Male das Wort „Geld“, ebenso oft das Wort „deutsche Kraft“ und das klängevolle „eiserne Mut“ vorkamen. Nach einem brausenden Hoch auf das „herrliche Reich und die nicht minder herrlichen Waffen“ zogen die Kraftmenschen ab.

Der Zufall wollte es, daß wir Urlauber mit dem Berliner Kraftmenschen auf der Gasse zusammentrafen und ins Gespräch kamen. Plötzlich, unvermutet, bestien drei Schiffe durch die Nacht, die auch uns Urlaubern das Blut in den Adern schneller fließen ließen. Unser Nachbar und Kraftmensch aus Berlin aber bebte wie ein Espenblatt. Beim ersten Schuß schon sagte er mich schreckhaft am Arm, als wollte er sich verkrüppeln, beim dritten fiel er beinahe in Ohnmacht und brachte kein vernünftiges Wort mehr hervor. „Um Gottes Willen, sind das Kanonen?“ fragte er. Wir antworteten ihm, daß das nur Alarmschüsse gegen Flieger wären, die diese Gegend öfters heimsuchen. Er aber wunderte sich, daß wir dabei so ruhig wären, und bat uns um Rat, wie er sich schützen könne. „Ach“, sagte einer von uns, „haben Sie es nur nicht so eilig, es kann noch eine hübsche Weile dauern, bis die Bomben fallen.“ „Bo-Bo-Bomben“, stöhnte der Berliner und ich fürchtete schon, der Feldwauer würde in

den Erdboden versinken. Da — — kracht der erste Schuß aus einer Abwehrkanone. Das klingt in die Nacht, daß man meint, das Weltall solle zerfallen werden, dann geht ein Höllenkonzert los, als ob die Erde in Fetzen zerfressen wird. Der Redner aus Berlin ist weiß wie Schnee geworden; seine Hände sind kalt wie eine Hundsnase — er wankt, zittert und lehnt sich an die Wand des nächsten Hauses; wir tragen ihn wie ein hilfloses Kind in den Hausflur. „Sind das Bo-Bo-Bomben“, haucht er und sinkt kraftlos auf der Holztreppe zusammen. „Ach wo“, antworteten wir Urlauber, „das sind nur Abwehrgeschütze, die uns die großen Insekten vom Hals halten. Da, im selben Moment, tut es einen gräßlichen Schlag, daß das Haus in allen Fugen zittert, dann noch einer, und wir Urlauber sehen uns bestürzt an. Das waren Bomben und anscheinend gar nicht weit. Unser Begleiter und feuriger Redner aus Berlin, der in seinem Referat die Worte „Geld“ und „eiserne Mut“ so prächtig zu betonen wußte, war zu einem Häufchen Anglut geworden und sank wie eine abgebrannte Zigarre auf der Treppe vollends zusammen. „Warum nur das, das ist ja schrecklich, hauchte er. „Das ist noch gar nichts“, antwortete einer meiner Kameraden, ein badiſcher Landsturmmann, „wenn alle fünf Minuten ein Achtunddreißiger aus der Luft purzelt; das hier, das ist ja nur ein Pappentier.“

Die Abwehrgeschütze knallten unterdes mit erneuter Kraft und der zusammengesunkene „Kraftmensch aus Berlin“ frag jammernd, ob das entsetzliche Getöse nicht bald zu Ende wäre. „Ja, ja“, antwortete einer von uns, „die Soldaten an der Front sollen wohl das bis an ihr Lebensende aushalten? da gehört freilich „eiserne Mut“ dazu, vom Rednerpult aus geht das „Aushalten“ viel leichter.“ Die Umstehenden lachten schadenfroh und nickten uns Urlaubern beifällig zu. Als ob die Ab-

wehrgeschütze nur auf diese Worte gewartet hätten, prasselten sie wieder los; schon fallen wieder Bomben in kurzen Zwischenpausen. — Der von der Spree stöbt und jammert unterdes in allen Tonarten: „Ach Gott, ach Gott, mein Herz, mein Kopf . . . ich sterbe!“ „Ja, Verehrtester“, sagte nun einer meiner Begleiter, „hier sieht's anders aus, hier bekommt man eine Abnung vom „eisernen Mut“.“

„So habe ich mir das nicht vorgestellt, so nicht, das ist ja fürchterlich.“

„Es wird also wohl am besten sein, wir machen Schluss, was? Schluss in Ehren“, entgegneten wir Urlaubern dem „Kraftmenschen mit dem eisernen Mut“ mit bedeutungsvollem Augenzwinkern. „Jawohl, nur Schluss“, ächzte er, „lieber Gott, laß mich gesund nach Berlin kommen, ich will meinen Teil dazu beitragen, daß Schluss wird.“ „Nun, wenn Sie das nun einsehen, ist das heutige Geplänkel schon etwas wert“, gab ihm ein Fronttrüppel zur Antwort, „wir wünschen glückliche Reise und erstatten Sie wortgetreu der Berliner „Hinterlandshelden“ Bericht.“ Während dieser tragikomischen Episode war es draußen wieder ruhiger geworden und wir verschafften dem Spreetäher eine Fahrgelassenheit, denn er konnte kaum mehr „bah“ sagen.

Mit dem frühesten Zuge dampfte der „Feld“ mit der Aktentasche nach Norden. — Innerlich freuten wir uns über den „Bombenerfolg“, ach, wenn doch viele solcher „Heldenbäter“ solche nächtliche Bombenerlebnisse haben möchten. Am nächsten Tage drastete Wolff: „Schaden wurde bei dem nächtlichen Fliegerangriff nicht angerichtet, die meisten Bomben fielen in das Wasser des Kinzigflusses!“ Aber die Urlauber von Schilach im Schwarzwald wußten es besser . . .

Wenzel Freimund.

Auf dem Wege der Verständigung.

Auf Grund der Artikel, welche zur Frage der Schaffung einer Einheitsorganisation der Glasarbeiter in den letzten Wochen in dem tschechisch geschriebenen Fachblatt „Obrana“, sowie in unserer Glasarbeiter-Zeitung und der kommunistischen Presse erschienen sind, hatte über vorherige Verständigung mit dem Svaz Masářů delníků, sidlo, Tepliz, der Vorstand des Verbandes der Glasarbeiter (Tannwald) in seiner letzten Sitzung den Beschluß gefaßt, die seit mehr als zwei Jahren ruhenden Verhandlungen über die gegenseitigen Annäherungen der beiden Organisationen neuerlich aufzunehmen. Es wurde zu diesem Zwecke eine Kommission, bestehend aus acht Vertretern, gewählt, welcher vom Tannwalder Verbande die Genossen Neumann, Gunkel Pippert und Jungbauer vom Svaz Masářů delníků Viktora, Siebl, Rudi und Sedel angehören. Es haben nun schon vier Sitzungen dieses gemeinsamen Verhandlungskomitees stattgefunden und es wurde in der ersten dieser Sitzungen festgelegt, daß die Verhandlungen nach folgenden drei Programmpunkten zu führen sind:

1. Einheitsliche Mitgliedsbeiträge und Unterstützungen, sowie einheitsliche Geschäftsordnung.
 2. Fragen der inneren Organisation.
 3. Grundsätzliche Einigung über soziale und kulturelle Aufgaben. Hierbei wurde festgestellt, daß der zweite Programmpunkt erst verhandelt werden kann, wenn ein konkretes Ergebnis der im April stattfindenden Verhandlungen zwischen dem Deutschen Gewerkschaftsbund in Reichenberg einerseits und dem Odborové druženi in Prag andererseits vorliegen wird.
- Wie nun aus den festgelegten drei Programmpunkten zu ersehen ist, begannen die Verhandlungen zwecks gegenseitiger Annäherung von unten auf, wobei man sich nach dem Grundsatz richtete, daß man bei einem Hausbau nicht zuerst das Dach herstellen kann. Am Verlaufe der bisher gepflogenen Verhandlungen hat sich ergeben, daß die Aufstellung dieses Programms zweckmäßig ist und früher dem Ziele näherführen wird, als wie dies durch jede andere Prosa über Schaffung einer Einheitsfront oder Einheitsorganisation möglich ist. Es wurden schon eine ganze Reihe wichtiger gemeinsamer Anträge ausgearbeitet und es wird auf diesem Gebiete noch fortgefahren werden. Die Verhandlungspraxis hat gelehrt, daß es ein Unfium ist, zu verlangen, die bereits bestehende Organisation aufzulösen, um dann wieder eine Einheitsorganisation zu schaffen, sondern es ist viel klüger die bereits bestehenden Organisationsformen derart einzurichten, daß sie sich einander näherkommen müssen, wodurch letzten Endes die Voraussetzung für ein einheitsliches Organisationsgebilde geschaffen wird.

Kleine Chronik.

Ein Instrument zur Bestimmung von Erdlagern. Der älteste Physiker der russischen Akademie der Wissenschaften, Prof. Ritschorow, hat ein verbessertes Gravitationsvariometer konstruiert. Das Instrument dient zur Bestimmung von Abweichungen der normalen Schwerkraft. Da häufig Gravitationsanomalien auf das Vorhandensein großer Lager hinweisen, kann das Instrument zur Aufdeckung dieser dienen. Während die bisherigen Gravitationsvariometer nur zwei Bestimmungen am Tage durchzuführen ließen, kann man mit Hilfe des neuen Instruments 20-40 Bestimmungen vornehmen.

Radium als Anästhetikum. Prof. Berigo vom Leningrader Radiuminstitut konnte bei Verwendung von Radium nachweisen, daß das Radium auf die motorischen und sensiblen Nerven anästhetisch einwirkt und so das Schmerzgefühl beseitigt.

Arbeiterleben in Bombay. Bei der Volkszählung im Jahre 1921 hatte die Stadt Bombay in Vorderindien eine Bevölkerung von mehr als einer Million, unter der sich ungefähr 420.000 Lohnarbeiter befanden. Sie stammt nicht aus der Umgebung, sondern ist nahezu in ihrer Gesamtheit aus fernem armen Landbezirken in die indische Großstadt zusammengeströmt. Einmal im Jahr eilt die Mehrzahl dieser Zugwanderer in ihre Dörfer zurück, gewöhnlich, um ihren Angehörigen bei der Bestellung der kleinen zerstreuten Ackerflächen zu helfen, die dem Namen nach ihnen gehören, in Wahrheit aber immer schneller in der Hand des Geldverleiher im Dorf zusammenwachsen. Dieser Geldverleiher ist gleichzeitig der Dorfstaufmann und Warenhauseigentümer; ihn schützt das Gesetz. Um die immer steigenden Zinsen zahlen zu können, wandert der indische Ackerbauer vom höheren Gelddohe der Fabrikanten angelockt, in die L.odsquartiere Bombays. Auch hier fällt er zunächst in die Hände des Geldverleiher; denn der Lohn wird erst am Schluß der Arbeitswoche ausbezahlt, und die ersten Tage lebt der indische Kuli auch hier vom Borg. Wer die Matadi, die Lastträger im Hafen, jemals beobachtet hat, wie sie unaufhörlich mit einem primitiven einschläfernden Singang hin und her, vom Schiff aufs Land und vom Land aufs Schiff ziehen, schwere Lasten tragen, aus- und einladen — der staunt sie an. Für das Wunder ihrer herkulischen Arbeit aber erhalten sie den fürstlichen Lohn von 1/2 Schilling am Tage, das sind etwa 6 Kk, und eine Zulage fürs Essen. Die Hafengesellschaft zahlt diese fürstliche Summe lediglich dem Vorkarbeiter aus, der seine Beute wieder nur löhnt, wenn es ihm gefällt.

Kunst und Wissen.

Vom Kartellverbande der deutschen Bühnengehörigen.

Rundfunk und Bühnenkünstler.

Der Kartellverband der deutschen Bühnengehörigen trat am 15. und 16. Feber 1926 in Berlin zu einer Sitzung zusammen. Die Vertreter der verschiedenen Organisationen (der Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger, des Oesterr. Bühnenervereines, des Bundes der Angestellten der deutschen Theater in der Tschechoslowakei, des Verbandes der schweizerischen Bühnenkünstler und des Deutschen Chorführer- und Ballettverbandes) nahmen zunächst den Bericht des Präsidenten der österreichischen Schauspielorganisation, Ludwig Stärk, über die Verhandlungen am Burgtheater in Wien und über die von der Wiener staatlichen Theaterverwaltung vorgenommenen Kürzungen vertroglieh festgelegter Urlaube entgegen. Der Führer der österreichischen Schauspieler erklärte, daß die führende Stellung des Burgtheaters durch viele Jahrzehnte dem engen Zusammenwirken von Direktion und Mitgliedern zu verdanken gewesen sei, und erwähnte dabei, daß die Mitglieder des Burgtheaters in materieller Beziehung weitestgehende Opfer gebracht hätten. Die Vorteile, die in traditionellem Verkommen liegen, ihnen nun zu entziehen, mühte berechtigten Widerstand erregen, der sich verstärkt hatte durch die Gerüchte, daß die Verträge der Burgtheatermitglieder gegen die der Privattheatermitglieder in Zukunft erhebliche Verschlechterungen aufweisen sollen. Der Kartellverband stimmte der energischen Abwehr der österreichischen Schauspielorganisation zu und begrüßte die solidarische Haltung der Mitglieder des Burgtheaters in dieser Aktion. Der Kartellverband will gemeinsam mit allen deutschen Schauspielern den Kampf zur Verteidigung ihrer sozialen und künstlerischen Rechte führen.

Weiter hat der Kartellverband in der Frage des Rundfunks und seiner Bedeutung für die deutschen Bühnengehörigen seiner Meinung dahin Ausdruck gegeben, daß ohne Zustimmung und ausdrückliche bekenntgebene Willen eines Bühnenmitgliedes dessen künstlerische Leistungen im Rahmen einer Theater- oder Konzertaufführung durch Rundfunk nicht weitergegeben werden dürfen. Der Kartellverband nimmt folgenden Rechtsstandpunkt ein: die Tätigkeit eines Bühnenmitgliedes im Senderaum ist durch dessen vertragliche Verpflichtung einer Bühne gegenüber in keiner Weise eingeschränkt. Der Kartellverband ist entschlossen, diesen Rechtsstandpunkt mit allen gesetzlichen und organisatorischen Mitteln in gemeinsamer Aktion Anerkennung zu verschaffen. Ferner wurde in der Sitzung unter anderem von den Vertretern der einzelnen Organisationen das Verhalten der Theaterunternehmungen in den verschiedenen Ländern besprochen und zu den aktuellen Ereignissen, wie auch zur Abbaufrage Stellung genommen.

Bernardino Molinari.

Zu den Aufführungen des „Requiem“ von Verlioz. Dem internationalen Prager Konzertpublikum bietet sich in diesen Tagen ein Kunstereignis, wie es alle Jahrzehnte höchstens einmal zur Tat wird. Das auf 120 Musiker verstärkte Orchester der tschechischen Philharmonie bringt gemeinsam mit dem an 400 Sängern und Sänger zählenden gemischten Chor des Prager tschechischen Gesangsvereines „Slahol“ in fünf auf einander folgenden Konzerten Hector Verlioz, des großen französischen Programmmeisters, „Totenmesse“ zur Aufführung. Diese Konzerte erhalten ihre besondere Bedeutung dadurch, daß als musikalischer Leiter Molinari gewonnen wurde, der heute neben Toscanini zweifellos Italiens hervorragendste Dirigentenpersönlichkeit ist. Molinari ist ein Dirigent von geradezu famotischer Leidenschaftlichkeit, von einer faszinierenden Eigenart, die Ausführende und Hörer in gleicher Weise mit fortreißt. Seine Genauigkeit in der Interpretation ist beispielsweise und bildet keine auch noch so geringe tonliche oder rhythmische Schwankung, seine Kunst in der Finanzierung des Vortrages durch dynamische und rhythmische Gegensätze ist ebenso vorbildlich wie sein plastisches Gestaltungsvermögen; am unerhörtesten aber ist seine Kunst dynamischer Steigerungen und der Tempobeschleunigung, die in den mit ungläublich straff zusammenschließenden Willensenergie bewirkten Stretts (Schlußsätzen und Höhepunkten) aufwühlende elementare Gewalt offenbart. So wird es jedem Besucher dieser wahrhaft musikalischen Konzerte unvergeßlich bleiben, wie Molinari beispielsweise im „Dies irae“ (Tag des Jornes...) des Requiem die gewaltige Steigerung des vierteiligen Mäherchors aufbaut und aus den Singstimmen herausholt, was überhaupt herauszuholen ist. Oder wie er im „Sanctus“ und „Agnus dei“ den Chor und das begleitende symphonische Orchester zu Longebilden von fast überirdischer Härte abbämpft. Doch hieße es die Gesamtleistung der Interpretation des Verlioz'schen Requiem durch Molinari herabschätzen, wollte man einzelne das Ohr besonders beglückende oder die Sinne aufwühlende Stellen hervorheben. Molinari's Wiedergabe des Werkes ist in ihrer Gesamtheit die kongeniale Tat eines Meisters der nachschaffenden Tonkunst: der grandiose Zug und die inbrünstige Leidenschaft Verlioz selbst kennzeichnen sie. Verlioz' „Totenmesse“ (lat. Requiem) ist das großartige Werk des sturm- und drangerfüllten französischen Meisters, das der Vierunddreißigjährige anlässlich der Leichenfeier für einen bedeutenden französischen General in Paris schrieb, wo es im Invalidentempel 1837 zur Erstaufführung gelangte. Dieses Requiem hat mit dem liturgischen Begriffe

einer Totenmesse nichts zu tun, außer daß es sich in deren üblichen Hauptteile gliedert. In der breiten Anlage, in der grandiosen, oft theatralisch wirkenden instrumentalen und chorischen Aufmachung mit in der Höhe postierten separaten Mäherchören, eigenen Paufermenten etc. gibt es sich als reines Konzertwerk zu erkennen. Die künstlerischen Helfer Molinari's bei der Aufführung (das Orchester der tschechischen Philharmonie und der Gesangsverein „Slahol“) bewältigten ihre große und mitunter recht schwierige Aufgabe mit bewundernswürdiger Tüchtigkeit und nachahmenswerter begeisterter Hingabe an die Sache. Wenn festgesetzt werden muß, daß die Tonstärke des Chores bisweilen, namentlich den ungewöhnlich stark besetzten Mäherchören gegenüber, eine Verdopplung und Verdreifachung vertragen hätte, ist dies keineswegs als Tadel anzufassen, sondern als eine aus der Natur des ausführenden Klangkörpers sich ergebende Unproportioniertheit der Kräfte. Die einzige Solopartie des Werkes singen in den Ausführungen alternierend Herr Macha vom deutschen und Herr Würser vom tschechischen Theater.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Heute Freitag 7 Uhr Gostsp. Kramer „Die Teresina“, Samstag 7 Uhr „Julius Cäsar“, Sonntag 11 Uhr vorm. Kammermusik, nachmittags halb 3 Uhr: „Einen Jux will er sich machen“, halb 8 Uhr „Mahl der Spätter“, Montag „Papa“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Freitag abends „Zurück zu Methusalem“, Samstag abds. „Die Mama vom Ballett“, Sonntag 3 Uhr nachmittags „Vertagte Nacht“, abends halb 8 Uhr „Mama vom Ballett“, Montag Bankbeamtenvorstellung „Lady Fanny“ und die Dienstenotefrage.

Der Film.

Barbara La Marr, die bekannte und einst sehr beliebte Künstlerin, ist vor kurzer Zeit in New York an einem Nervenleiden gestorben.

Gefallene Engel (nach Motiven des Zeichners Heinrich Zille.) Dieses Rational-Erzugnis (Berlin) verdient unsere besondere Beachtung. Wie schon der Titel andeutet, führt die Handlung des erschütternden Filmes in jene Welt, von der die wenigsten, die davon schreiben, auch nur eine blasse Ahnung haben: in die Welt der elendsten der Armen, die stets ein Schandmal unserer verrotteten Gesellschaftsordnung war, ist und bleibt. Ein Film, der gerade deshalb so mächtig und ergreifend wirkt, weil er nicht eine schale, tendenziöse Wortdrescherei darstellt, sondern wie die Kunst Zolas ein unbarmherzig scharfes Licht auf den nackten, ungeschminkten Alltag wirft. Ähnliche Vorkürfe, die besonders von den Amerikanern mit Vorliebe auf die Beinahe gebracht werden, sind gewöhnlich nur durchsichtige Mache, alles ist zu augenscheinlich von Solomnenschen erkünstelt und trifft nie den Kern der Sache. Anders hier, wo die revolutionäre Kunst Zilles der Gestaltung Leben und Feuer gibt. Bernhard Goetke in der Hauptrolle schafft eine Gestalt, die man nicht so leicht vergißt, und seine Partnerin Aud Coede Risse (eine Norwegerin, die Gattin Paul Richters) spielt die Dirne so ungestungen natürlich, daß man bald die Gewißheit erlangt, eine vollwertige Künstlerpersönlichkeit vor sich zu haben. Außer der wirklich packenden Handlung wollen wir noch besonders die erstklassige technische Durchführung des Filmes betonen, die in ihrer meisterhaften Deutlichkeit und Kürze stark an die des „Variete“ erinnert. Der

Herausgeber Dr. Ludwig Ege. Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Rechner. Druck: Deutsche Zeitungs- u. G. Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

DRUCK- u. VERLAGSANSTALT

Gesellschaft m. beschr. Haft. empfiehlt sich den p. L. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Drucksorten wie: Tabellen, Bücher, Broschüren, Zeitschriften, Zirkulare, Mitglieds-Adressen, Einladungen, Pakete, Flugblätter, Faltblätter, Briefpapiere usw. in solider und rascher Ausführung. Setzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

IN TEPLITZ-SCHÖNAU

Bibliotheken

für Organisationen, Vereine, Gemeinden, Gewerkschaften, Schulen usw. werden zweckentsprechend zusammengestellt, sowie ergänzt, von der **Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad.**

Bücher sind Freunde
Bücher sind Gefährten

warm zu empfehlende Film erscheint im Verleih der Firma Karl Kraus und Co. S. W.

Die tolle Herzogin, ein Abenteuer-Roman von Ernst Klein, wurde mit Ellen Richter in der Hauptrolle unter dem gleichen Titel verfilmt.

Einen Don Quixote-Film wird uns die Palladium in Kopenhagen besorgen. In den Hauptrollen Pat und Patagon, die der Wahrscheinlichkeit nach glänzende Gestalten schaffen dürften.

Die Großmutter (Die Rückkehr der Ehebrecherin). Ein sehenswerter Film, der in glücklichem Wurf alles vereinigt, um recht anziehend und herzergreifend zu sein. Im Mittelpunkt der Handlung steht die junge Frau (Genevieve Felix) eines Werkmeisters (Constant Rom), die sich in dem einfachen Haushalt eingeeignet fühlt, Mann und Kinder verläßt und die Geliebte eines Fabrikanten (Eduard Dressl) wird, um nach einiger Zeit zu der Familie zurückzuführen. Bemerkenswert sind die durchwegs guten Leistungen der Hauptdarsteller, und die natürliche, menschlich einfache und durchgeführte Handlung, die flott und feißelnd abrollt. S. W.

Turnen und Sport.

Vom Arbeiter-Turn- und Sportverband

Wintersport.

Wegen der ungünstigen Wetterlage sind laut telegraphischer Mitteilung aus Leipzig die Wintersport-Wettkämpfe in Ober-Wiesenthal verschoben. Sie sollen eine Woche später, am 27. und 28. Feber stattfinden. Die alten Rennungen behalten ihre Gültigkeit.

Richard Rechner m. p. Bundes-Wintersportwart.

5. Kreis. (Die Kreisvorturnerstunde) findet Sonntag, den 21. Feber in Dux (Bürgerhalle) statt. Beginn 9 Uhr vormittags. Teilzunehmen haben alle Bezirks- u. Gruppenturnwart. Übungsbücher sind mitzubringen, da einige Änderungen notwendig sind. Nach der Vorturnerstunde technische Sitzung, an welcher alle Bezirksturnwart und Kreispartenleiter teilnehmen müssen. Programm: „Kreisfest“.

5. Kreis. (Die Kreisvorturnerinnenstunde) findet Sonntag, den 28. Feber in Brüx statt. Beginn 9 Uhr vormittags. Teilzunehmen haben alle Bezirks- und Gruppen-Frauenturnwart sowie pro Bezirk und Gruppe 2 Genossinnen. Anschließend Besprechung.

KINO-PROGRAMM

vom 19 bis 23 feber 1926.
Wran Urania-Kino
Einziges deutsches Kino Prag.
„Variete“ mit Emil Janning und Luja de Puff.

LIDO 110
„Der Blitzfahrer“
oder „Die schwarze Maske“. Drama in Teilen mit Harry Carro. Der Starber aus 100000 Geschichten.

Wo vertehren wir?

Café Continental, Prag-Graben
Goldenes Kreuzel, Prag-Relaxanta.

Gastwirtschaft „Lidový dům“
der Genossenschaft „Ganymed“
Täglich PRAG II., Hyberná Nr. 1.
Konzert

Café „Nizza“
Kgl. Weinberge, Fochova 27.
Unser Stammlokal 1301

Lesen Sie diese Spannungsgewaltigen Romane von **EMIL DRONNBERG!**
Die Kritik zählt diese Bücher zu den besten ihrer Art!

- Das Gold der Nebelberge.** Roman aus dem rauhen Norden Kanadas. Geb. Mk. 6.-
- Die Goldwäseher am Klondike.** Roman aus der Zeit der großen Goldfunde in Kanada und Alaska. Gebunden Mk. 3.-
- Der Trapper am Swift Creek.** Roman aus Britisch-Kolumbien Gebunden Mk. 6.-
- Das Siwash-Mädchen.** Erzählung a. d. kanadischen Felsengebirgen. Geb. Mk. 2.50.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt von **Wilhem Goldmann Verlag** Leipzig 93.

In das Heim des Klassenbewußten
Arbeters gehört d. Zentralorgan.
der Deutschen Sozialdemokr. Arbeiterpartei
„Sozialdemokrat“